Hallesche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

1914. Nr. 98. Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. – Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernruf 8110. Hauptschriftleitung Dr. Strasser-Fridberg Halle (Saale).

Freitag, 27. Februar 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Die Krankenversicherung der Landarbeiter.

Bis zu Beginn dieses Jahres waren die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter von der Krankenversicherung befreit. Bedenkt man, daß gerade, da auf dem Lande das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Pflicht für jenen in sich schloß, in eintretenden Krankheitsfällen für seine Leute die Kosten der Behandlung und Pflege zu tragen, daß ferner die gesundheitlichen Verhältnisse auf dem Lande weit besser sind als die der Industriearbeiter, und daß endlich die Hausbehandlung dort, im Gegensatz zur Stadt mit ihrer Krankenhausbehandlung, die Regel bildet, so wird man einsehen, daß auch vor Eintreten der Reichsversicherungsordnung im großen und ganzen schon für die Landarbeiter bei Erkrankungsfällen genügend gesorgt war. Seit dem 1. Januar 1914 kommen nun von den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen für eine Krankenversicherung in Frage:

1. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, wenn diese Beschäftigung den Hauptberuf bildet und ihr Gehalt 2500 Mark nicht übersteigt,

2. Lehrer und Erzieher mit einem regelmäßigen Jahresverdienst bis zu 2500 Mark,

3. Wirtschaftseleven, Volontäre, auch wenn sie nur freie Station erhalten,

4. Arbeiter, sowohl die mit Jahresvertrag angestellten, als auch die Lohnarbeiter und ihre zur Arbeit verpflichteten Frauen.

Auf diese Kreise wurde durch die Reichsversicherungsordnung die Krankenversicherungspflicht ausgedehnt. Auf die besonderen ländlichen Verhältnisse wurde versucht nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen. In der Hauptsache sind es drei Punkte, in denen die Krankenversicherung der Landarbeiter von der allgemeinen Krankenversicherung abweicht. Einmal sind die Landarbeiter von den gewerblichen Arbeitern getrennt in besonderen Landkrankenkassen zusammengeschlossen, damit die Landarbeiter nicht etwa für das größere Krankheitsrisiko der gewerblichen Arbeiter mit aufzukommen haben. Ein zweiter Grund für die Errichtung dieser Landkrankenkassen war der, daß durch das Vorherrschen der Naturallöhnung sich der ortsübliche Tagelohn, der dem Krankengelde zugrunde zu legen ist, nur schwer und ungenau feststellen läßt.

Um den Arbeitgeber auf dem Lande nicht allzu sehr mit sozialen Lasten zu beschweren, hat man zwei weitere Erleichterungen eingeführt. So kann einmal — im Gegensatz zu den industriellen Betrieben, bei denen man die Errichtung von Betriebskrankenkassen möglichst erschweren wollte und sie an eine Mindestzahl von 150 Arbeitern knüpfte — bei ländlichen Betrieben schon mit 50 Arbeitern eine Betriebskrankenkasse gegründet werden. Weiter kann aber auch der Arbeitgeber die Befreiung seiner Arbeiter von der Versicherung beantragen, wenn er ihnen bei Erkrankungen den Rechtsanspruch auf eine Unterstützung gewährt, die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist. Daß der Arbeitgeber hier seinen Arbeitern die Höhe der Anteile ihrer Versicherungsbeiträge erspart, ist zwar für ihn eine Vermehrung des Risikos, für die Arbeiter aber eine nicht unbedeutende pekuniäre Entlastung, zumal wenn man die Seltenheit des baren Geldes auf dem Lande kennt.

Die verschiedenartigen Verhältnisse, die gerade in der Landwirtschaft an der Tagesordnung sind, ergeben natürlich für die verschiedenen Landkrankenkassen auch recht mannigfache Unterschiede. Den Vorwurf aber, der von sozialdemokratischer Seite diesen Kassen gern gemacht wird, daß sie nur recht mäßige Leistungen im Gegensatz zu den allgemeinen Ortskrankenkassen gewähren, kann man bei Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse nicht aufrechterhalten. Außerdem muß man bedenken, daß den Segen der landwirtschaftlichen Krankenversicherung seit der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits 5 Millionen Arbeiter verspüren. Auf jeden Fall kann man dem Staatssekretär Dr. Delbrück Recht geben, wenn er am 20. Januar d. J. im Reichstage sagte: „Mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung sind wir in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Wir haben bei der Ausdehnung der Krankenversicherung annähernd die Grenze des Möglichen erreicht."

Deutsches Reich.

Zur Regelung der militärischen Machtbefugnis.

Die 25. Kommission des Reichstages lehnte im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung den elsässischen Antrag, der einen beschleunigten Gesetzentwurf wünscht zur einheitlichen Regelung der Befugnisse der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt für das Reich, mit 11 gegen 10 Stimmen ab. Der sozialdemokratische Antrag, der einen Gesetzentwurf verlangt, durch den unter Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit die Militärpersonen des aktiven Heeres und der Marine der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden, wurde aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die sechs Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der fortschrittliche Antrag, der einen Gesetzentwurf verlangt, durch den die Militärpersonen des aktiven Heeres und der Marine der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit wegen derjenigen strafbaren Handlungen unterstellt werden, welche nichtmilitärische Verbrechen oder Vergehen sind, wurde mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt, weil der Augenblick für die Beratung dieses Antrages ungünstig gewählt sei angesichts der bevorstehenden Strafprozeßreform. Die zu den Anträgen vorliegenden Petitionen wurden als durch die Beschlußfassung für erledigt erklärt. Damit ist die Arbeit dieser Kommission beendet.

Bei der Beratung des Kolonialetats

in der Budgetkommission des Reichstages gab der Regierungsvertreter Auskunft über das Vorkommen von Oel in Neuguinea. Die Quellen befänden sich im nordwestlichen Kaiser-Wilhelms-Land. Es handle sich vermutlich um ein ähnliches Erdöl, wie es in Niederländisch-Indien gewonnen werde. Die Bedingungen von Privatgesellschaften für die Uebernahme der Ausbeute seien unannehmbar. Die Kolonialverwaltung sei gegn die Gewährung von Monopolen. Es sei die Aufteilung des Gebietes beabsichtigt. — Ferner teilte der Regierungskommissar mit, zur Verhinderung der Gefahren eines Brandes und Quellenausbruches sei eine fachmännische Aufsicht in Aussicht genommen. Darauf erklärte Staatssekretär Dr. Solf: Man habe sich bemüht, die verschiedenen Gesellschaften zu einem Konzern zusammenzufassen. Die Verwaltung habe die selbständige Prüfung des Vorkommens von Oel, auf die Güte, und Ausbeutungsfähigkeit desselben für erforderlich gehalten, um eine bessere Grundlage für ein weiteres Vorgehen zu erhalten. Eine Entscheidung darüber, ob der Reichsbetrieb oder die Ausbeutung durch Gesellschaften vorzuziehen sei, sei noch nicht getroffen worden. — Auf Vorschlag eines konservativen Redners stellte der Staatssekretär die sofortige Sperre von ganz Neuguinea für das Auffuchen von Oelvorkommen in Aussicht. Hierauf beschloß die Kommission mit großer Mehrheit, 500 000 Mark zur Untersuchung des Oelvorkommens in den Etat für 1914 einzustellen.

Ein bedenklicher Zwischenfall zwischen Unteroffizieren und Zivilisten in Straßburg.

Ueber einen Zwischenfall zwischen Unteroffizieren und Zivilisten, der sich in der Nacht zum Montag in Straßburg ereignete, wird von den zuständigen Stellen mitgeteilt:

„Auf dem Heimwege zur Kaserne wurden drei Unteroffiziere vom Infanterie-Regiment Nr. 126 am Ausgang der Langenstraße von einer Gruppe Zivilisten mit den Worten „Ihr Saufschweben" beleidigt. Als ein Unteroffizier die Beleidiger zur Rede stellte, holten diese aus einem nahen Wirtshause zehn bis zwölf junge Burschen herbei und gingen zum Teil mit offenem Messer gegen die Unteroffiziere vor, welche zur Abwehr blank zogen; dabei erhielt einer der Angreifer einen Hieb über das Gesicht. Bei dem Versuche, zwei der Burschen festzuhalten, erhielt ein Unteroffizier einen leichten Messerstich am Hinterkopf. Als sich die Unteroffiziere, sich verteidigend, nach ihrer Kaserne zurückzogen, war die Menge, die sie verfolgte, schließlich auf 4—50 Köpfe angewachsen. Die herbeigeholte Polizei stellte die Namen mehrerer Ruhestörer fest. Die weitere Untersuchung ist im Gange. Außerdem hat das Kommando des Infanterie-Regiments Nr. 126 Strafantrag wegen Beleidigung nach § 194 des Reichsstrafgesetzbuches gestellt."

Eine amtliche Rechtfertigung des Kreisdirektors Mahl.

Dem Kreisdirektor Mahl von Zabern ist, wie der „Braunschweigischen Landeszeitung" telegraphiert wird, am 24. Februar von dem reichsländischen Ministerium bekanntgegeben worden, daß das auf seinen Antrag am 28. Dez. eingeleitete Disziplinarverfahren wegen des behaupteten Versagens der Zivilbehörden im Falle Forstner gegen ihn keinerlei Beweise für eine fahrlässige oder wissentliche Unterlassung von Amtshandlungen ergeben habe.

Unterstützung der nationalliberalen Kandidatur durch die Konservativen.

Aus Löbau i. Sa. erfahren wir: Die Konservativen veröffentlichen eine Erklärung für ihre Anhänger in dem erledigten zweiten ländlichen Landtagswahlkreise, in der es als die Pflicht jedes konservativen Wählers bezeichnet wird, seine Stimme für den nationalliberalen Kandidaten abzugeben.

*

Niederlage der Sozialdemokraten bei der sächsischen Landtagsersatzwahl.

Bei der im zweiten ländlichen Wahlkreise Groß-Schönau-Ebersbach infolge Ablebens des sozialdemokratischen Abgeordneten Riem erforderlichen Landtagsersatzwahl erhielt gestern, wie aus Zittau gedrahtet wird, der nationalliberale Kandidat, Fabrikbesitzer Rückert-Groß-Schönau, 10 221 Stimmen und der sozialdemokratische Kandidat Gustav Zwahr-Neugersdorf 6288 Stimmen. Rückert ist somit gewählt.

Anspielungen auf den Gewerkschaftsstreit

enthält der Fastenhirtenbrief, den Kardinal Kopp soeben an seine Diözesanen erlassen hat. Es heißt in dem Brief wörtlich folgendermaßen:

„Ehrwürdig ist den katholischen Christen das Wort des Papstes. Der Papst hat das besondere Charisma der Unfehlbarkeit, wenn er als Lehrer der Kirche in Glaubens- und Sittenlehren spricht; wer sich diesem seinem Ausspruche nicht fügt, sagt sich von selbst von der Gemeinschaft mit der Kirche los. Aber auch wenn es sich nicht um einen feierlichen Ausspruch handelt, ist das Wort des Papstes dem katholischen Christen heilig. Er ... fragt nicht nach dem Wie und Warum, sondern folgt den Weisungen des Papstes mit rückhaltslosem Vertrauen. Er setzt seine Weisungen nicht in Zweifel mit dem Einwand, es seien nur seine Ratgeber, von denen der Befehl ausgehe; er behauptet nicht mit vorschnellem Urteil, daß der Papst nicht gut unterrichtet sei, wenn seine eigene mangelhafte Einsicht nicht bald die Bedeutung und Absicht einer päpstlichen Anordnung zu erkennen vermag; denn er weiß, daß mit derartigen Ausreden mehr als einmal der Ungehorsam und die Auflehnung begonnen haben. Daher nimmt er die Worte des Papstes auf, wie dieser sie ausgesprochen hat und verstanden wissen will; er deutelt nicht an ihnen, noch zwängt er sie in seine Ansichten, sondern nimmt sie in aufrichtigem, kindlichem Glauben hin. Er fragt nicht, ob die Weisungen des Papstes auch für ihn Geltung haben; er weiß, daß der Papst für alle spricht."

Die Ausdehnung des Winterurlaubs für Eisenbahnbeamte.

Ueber die Ausdehnung des Winterurlaubs seitens der Eisenbahnbeamten erfährt die „Inf." von unterrichteter Seite folgendes: Es wurde seinerzeit von der Beamtenschaft der preußisch-hessischen Staatsbahnverwaltung freudig begrüßt, daß die vorgesetzte Behörde, der Anregung aus Kreisen der Beamten folgend, ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, Urlaub auch im Winter zu erteilen. Diese Neueinrichtung hat inzwischen in den beteiligten Kreisen so viel Anklang gefunden, daß man in letzter Zeit von einem starken Anwachsen des Gebrauchmachens von Wintererholungsurlaub sprechen kann. Der Eisenbahnbehörde kommt die Beliebtheit der Neueinrichtung nicht ungern, und sie hat, um ein weiteres Einbürgern des Winterurlaubs zu erreichen, noch ein besonderes Entgegenkommen gezeigt. Alle Beamte, die ihren Urlaub für die Zeit vom 1. Dezember bis 31. März nachsuchen, können ihren Urlaub um eine Woche verlängert erhalten. Diese besondere Vergünstigung erklärt sich aus dem einfachen Umstande, daß es der Eisenbahnbehörde im Winter viel leichter sein wird, eine größere Zahl von Beamten urlaubshalber zu entbehren, als zu jeder anderen Jahreszeit.

Militäranwärter als Volksschullehrer?

Vor kurzem brachten wir unseren Lesern eine Zuschrift aus Militäranwärterkreisen zur Kenntnis über die Verwendung der Militäranwärter als Volksschullehrer. Wir enthielten uns jeder Stellungnahme, da wir den Aufsatz lediglich zur Erörterung stellen wollten.

Nunmehr lesen wir in der „Post" vom 25. Februar (Nr. 94) eine Aeußerung aus parlamentarischen Kreisen:

Daß mit der starken Vermehrung unseres Unteroffizierkorps die Aufgabe für richtigen Ersatz zu sorgen noch wichtiger und schwieriger geworden ist, unterliegt keinem Zweifel. Ebenso erhellt ohne weiteres, daß für die befriedigende Lösung die gute Versorgung der Militäranwärter von entscheidender Bedeutung ist. Gleichwohl muß davor gewarnt werden, die Lösung dieser Aufgabe ohne Berücksichtigung wichtiger Lebensinteressen unseres Volkes zu versuchen.

Als ein solcher Versuch mit untauglichen Mitteln muß der wiederholt in der Presse, vor kurzer Zeit auch in der Halleschen Zeitung erörterte Gedanke bezeichnet werden, den Militäranwärtern die Volksschullehrerlaufbahn zu eröffnen. Die in jenem Zeitungsartikel vertretene Auffassung, daß der Militär-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402272-17/fragment/page=0001

anwärter bei entsprechender Bildung auf den Unteroffiziervor- und Unteroffizierschulen bei Fortbildung während der Militärdienstzeit, nach zweijähriger Besuchung des Seminars und einjähriger Probedienstzeit vollwertig für den Schuldienst sein werde, zeugt von starker Unterschätzung des Maßes von allgemeiner und Fachbildung, welche der schwierige und wichtige Beruf des Volksschullehrers erfordert. Würde die Aufnahme- und Abgangsprüfung bei dem Seminar und die zweite Lehrerprüfung (wie dies nicht anders möglich wäre, wenn eine größere Zahl von Militäranwärtern dem Lehrerberuf zugeführt werden sollte) wesentlich unter dem Gesichtspunkte weitgehender Versorgung der Militäranwärter durchgeführt, so würden diese einen minderwertigen Fremdkörper in der preußischen Lehrerschaft bilden, in dem eine schwere Schädigung der Volksschule und eine ernste Gefahr für die befriedigende Lösung ihrer schweren Aufgabe, der Erziehung unserer Jugend zu guten Menschen, guten Bürgern und guten Christen, zu erblicken wäre.

Die allgemeine Schulpflicht bildet mit der allgemeinen Wehrpflicht eines der Fundamente, auf dem die Festigkeit und Größe des preußischen Staates beruht. Die Erziehung unseres gesamten Volkes durch die Volksschule bildet die notwendige Voraussetzung für die sittliche und geistige Gesundheit unseres ganzen Volkes. Vor ihr muß auch die Fürsorge für ausreichenden Ersatz für unser Unteroffizierkorps Halt machen. Deshalb kann nicht nachdrücklich genug vor der weiteren Verfolgung des Gedankens, den Militäranwärtern den Lehrerberuf zu eröffnen, gewarnt werden.

Schulfragen in der Kommission.

In ihrer Nachmittagssitzung am Donnerstag nahm die Budgetkommission eine Resolution an, wonach die Staatsregierung ersucht wird, von nächsten Jahr an 100 000 Mark in Jahreszeitungen von 10 000 Mark zur Förderung der Sammlung der Quellen der Religionsgeschichte durch die Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften in den Etat einzusetzen. Die Verlegung der Professur für das alte Testament an der Göttinger Universität aus der philosophischen in die theologische Fakultät löste eine längere Besprechung aus. Bei dem Etat der höheren Lehranstalten wurde vom Berichterstatter darauf aufmerksam gemacht, daß die Rechte und Pflichten der Kuratorien gegenüber den Oberlehrern nicht sicher gestellt und auch der Amtscharakter der Oberlehrer immer noch unbestimmt sei. Ein fortschrittliches Mitglied verwies auf das Urteil des Reichsgerichts, wonach die Zwölfstundenklausel der Hilfslehrer für ungültig erklärt worden ist. Der Minister will sich eine Stellungnahme vorbehalten und hält eine allgemeine Verfügung betreffend die Kuratorien wegen der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse für undurchführbar. Ueber die Beschäftigung von Mittelschullehrern an höheren Lehranstalten teilte der Minister mit, daß mit ihrer Anstellung teilweise zu weit gegangen sei, und acht Stellen wieder eingezogen wurden.

Ein fortschrittliches Mitglied trat für die Teilung der Oberprima nach sprachlich-historischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten ein und fragte, ob nicht den Oberlehrern die Teilnahme an den staatswissenschaftlichen Kursen eröffnet würde. Demgegenüber hielt der Minister an den Oberlehrerkursen fest und bestätigte, daß sie die Erwartungen vollständig erfüllt haben. Anträge auf Erteilung des freien Unterrichts an der Oberprima (Wiesbaden) sollen genehmigt werden, wenn auch die ganze Frage sich noch im Stadium des Versuchs befindet. Ein konservativer Redner übte Kritik an der Erteilung des Religionsunterrichtes und bedauerte besonders die religionswissenschaftliche Gestaltung dieses Unterrichts; er forderte eine Vermehrung der Aufsicht durch

Einreichung des Lehrplanes beim Generalsuperintendenten,

welcher Forderung von fortschrittlicher und nationalliberaler Seite widersprochen wurde mit dem Hinweis, daß gerade diese religionswissenschaftliche Vertiefung das Interesse an der Religion in den oberen Klassen vermehrt hätte. Ein konservativer Abgeordneter besprach den Extemporalerlaß, sowie den neuesten Erlaß des Berliner Provinzialschulkollegiums betr. Aufhebung der Klassenteilungen und führte Klage über Verminderung der Leistungen der höheren Schulen. Der Minister widersprach dem auf Grund eingehender Stichproben, die auf seine Veranlassung an den höheren Lehranstalten vorgenommen wurden. Die Leistungen im deutschen Aufsatz seien gestiegen. Eine weichliche Pädagogik liege dem Unterrichtsbetrieb ebenso fern, wie eine schematische Ueberspannung. Der Sinn des Extemporalerlasses war, dem Lehrer die unmittelbare Berührung mit dem Schüler zu bringen, statt alles auf reine Zensuren zu stellen. Zu dem Berliner Erlaß nahm der Minister keine bestimmte Stellung ein und bedauerte nur dessen Anknüpfung an einen einzelnen unglücklichen Fall. Fortschrittliche und nationalliberale Abgeordnete betonten, daß die Leistungen der höheren Schulen keineswegs zurückgegangen seien; wenn auch das Quantum vielleicht beschränkt wurde, so habe die Arbeit selbst nur an Intensität zugenommen. Einer Anregung von nationalliberaler Seite, eine Sichtung der Lehrkandidaten herbeizuführen, begegnete der Minister mit dem Hinweis darauf, daß er angeordnet habe, daß die Prüfung der Kandidaten während der Probezeit und der Seminarjahre verschärft werden soll.

Freitag abend setzt die Kommission die Beratung des Kultusetats fort, jedoch nur bis zu den Elementarschulen; diese werden bis nach der Beratung des Eisenbahnetats zurückgestellt.

Gegen die „rote Woche".

An die nationalen Arbeiterverbände richtet das „Archiv für soziale Arbeit und praktische Vereinsbetätigung" in Zwickau die folgende Aufforderung:

Bekanntlich plant die Sozialdemokratie in der Zeit vom 8. bis 15. März die Veranstaltung einer roten Woche, um den Rückgang ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufzuhalten und um dem Abonnentenschwund ihrer Presse Einhalt zu tun. Ohne Zweifel werden sich im ganzen Deutschen Reiche Tausende Helfer bereit finden, die der Sozialdemokratie noch fernstehenden Arbeiter mit den bekannten unlauteren Mitteln zu zwingen, dieser oder jener roten Organisation beizutreten. Da heißt es für die nationale Arbeiterschaft auf dem Posten sein. Wir alle wissen, daß der größte Teil der Unorganisierten mehr oder weniger zu uns hält. Wohlan, sorgen wir dafür, diesen Teil unserer Kolegenschaft völlig für uns zu gewinnen. Der roten Fahne stellen wir die schwarz-weiß-rote gegenüber, und unter diesem Banner sollten wir in derselben Zeit vom 8. bis 15. März eine umfassende Agitation für unsere nationalen Organisationen veranstalten. Jeder werbe in diesen Tagen nur ein Mitglied, und unsere Zahl ist verdoppelt. Gebt die Verbandszeitschriften auf und verteilt sie in der Zeit vom 8. bis 15. März an Unorganisierte, verteilt Flugschriften in Massen und laßt euch von den Genossen nirgends einschüchtern. Die Gerechtigkeit unserer Sache gewährleistet uns den Sieg. Wohlan, der rote Ansturm soll uns gerüstet und schlagfertig finden!

Diesem Aufruf wird man in allen nationalen Kreisen vollen Erfolg wünschen. Vielleicht sieht dann das Ergebnis der roten Woche anders aus, als die Sozialdemokratie es sich vorstellt.

Kleinere politische Nachrichten.

* **Prinz Eitel Friedrich Chef des Regiments Königs-Jäger zu Pferde Nr. 1.** Wie der „Lokal-Anzeiger" meldet, wird Prinz Eitel Friedrich im Herbst an die Spitze des Regiments Königs-Jäger zu Pferde Nr. 1 treten und nach Posen übersiedeln.

* **Zur Gründung einer Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens!** Wie die „Reichsländische Korrespondenz" meldet, fand gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zweiten reichsländischen Kammer des Landtages Dr. Ricklin im Landtagsgebäude eine von dem Landtags- und Reichstagsabgeordneten Hauß einberufene Versammlung zur Gründung einer Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens statt. Zahlreiche Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer sowie Vertreter der Presse waren erschienen. Alle Parteien waren vertreten. Die Versammlung stand einmütig auf dem Standpunkt, daß eine Liga gegründet werden solle. Es wurde eine Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern der Ersten und acht Mitgliedern der Zweiten Kammer sowie vier Vertretern der Presse, gewählt. Den Vorsitz in der Kommission übernahm Dr. Ricklin.

* **Im Bundesrat wurde Zustimmung erteilt:** dem Gesetzentwurf betreffend Feststellung des Nachtrages zum Haushaltsetat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913, Ergänzung des Entwurfes des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1914. Den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden: die Abänderungen der Grundsätze über die Stellenbesetzung mit Militäranwärtern, der Entwurf von Ausführungsvorschriften über die Aufwandsentschädigungen an Familien für im Reichsheere usw. eingestellte Söhne. Der Antrag auf Errichtung einer Abrechnungsstelle im Scheckverkehr wurde angenommen.

Ausland.

Die Ablehnung des Zusatzantrages Perchot in der französischen Presse.

In französischen Regierungskreisen wird versichert, daß das Ministerium durch die Ablehnung des Zusatzantrages Perchot bei Beratung der Einkommensteuer im Senat keineswegs entmutigt sei. Ein Berichterstatter erzählt, Caillaux habe geäußert, daß er das Abstimmungsergebnis geradeau als einen Erfolg auffasse, denn er sei sicher, daß die Regierung, falls sie die Vertrauensfrage gestellt hätte, die Mehrheit erlangt hätte. Ministerpräsident Doumergue und Finanzminister Caillaux hätten nach der Senatssitzung ihren Anhängern erklärt, daß sie beabsichtigten, dem Finanzgesetz, das demnächst in der Kammer zur Beratung gelangen wird, die Einkommensteuer einzuverleiben. „Le Radical", das Blatt der Regierung und der geeinigten Sozialisten, schreibt:

„Es wird Sache unserer Freunde in der Kammer sein, mit Nachdruck zu bekunden, daß sie der von ihnen versprochenen Steuerreform treu geblieben sind. Sie werden den sechs Senatsstimmen gegenüber, mit denen der Zusatzantrag Perchot abgelehnt wurde, die überwältigende Mehrheit in die Wagschale werfen, die sich im Palais Bourbon für die Einkommensteuer ausgesprochen hat. Dann wird auch der republikanische Senat, wenn er seine bisherige große Rolle nicht aufgeben will, sich nicht weigern können, der Demokratie die von ihr geforderte Genugtuung zu gewähren."

Die konservativen und gemäßigten republikanischen Blätter geben ihrer Freude über die Abstimmung des Senats lebhaftesten Ausdruck. So schreibt der „Figaro":

„Nach dieser moralischen Niederlage bleibt von dem Programm Caillaux' nichts mehr übrig. Es handelt sich da um den Bankerott eines Mannes, der als der Retter aufgetreten ist, der allein imstande sei, Ordnung in die Ausgaben und Gleichheit in die Finanzen zu bringen."

Die dem briandistischen Verbande der Linken ergebene „Petite République" erklärt,

„es habe sich wieder einmal gezeigt, daß Caillaux und Doumergue sich nur dadurch am Ruder erhalten könnten, daß sie den einen Teil ihres Programms verleugneten und den andern freiwillig zum Scheitern brächten".

Zur Untersuchung des Gesundheitszustandes in dem französischen Heere.

Entsprechend dem von der französischen Kammer am Montag gefaßten Beschluß ist der Gesundheitsausschuß zusammengetreten, um sich mit der Untersuchung über den Gesundheitszustand der Armee zu befassen. Der Ausschuß hat fünf Unterausschüsse eingesetzt, welche die Aufgabe haben, in den verschiedenen Armeekorps die erforderlichen Untersuchungen an Ort und Stelle einzuleiten.

Aus dem englischen Unterhause.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Staatssekretär Grey auf eine Anfrage, das Schiedsgerichtsabkommen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von 1908 sei am 31. Mai 1913 erneuert worden. Ich hoffe, sagte Sir Edward Grey, daß die Ratifikationen in kurzem ausgetauscht werden. Wir erwägen gegenwärtig die uns kürzlich von den Vereinigten Staaten gemachten Vorschläge für den Abschluß eines Vertrages zur Einsetzung einer Friedenskommission. Ein Vertragsentwurf ist uns von den Vereinigten Staaten unterbreitet worden und scheint uns im allgemeinen annehmbar; wir müssen ihn jedoch mit den Regierungen der Dominions in Erwägung ziehen, da gewisse besondere Verfügungen, die sie betreffen, darin gefordert werden.

Staatssekretär Grey teilte Einzelheiten über die letzten Schritte mit, die ergriffen wurden, um den Tod Bentons aufzuklären, und sagte dann, die englische Regierung sei überzeugt, daß die amerikanische Regierung im Fall Benton ebensoviel Eifer zeige und ebensoviel zur Aufklärung der Vorkommnisse tue, als wenn Benton ein amerikanischer Bürger gewesen wäre. Er werde nächste Woche eine Erklärung über das abgeben, was nach Ansicht der britischen Regierung in dem Falle noch getan werden könne, um die Tatsachen festzustellen, falls diese dann noch immer zweifelhaft seien, oder um den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge zu tun. (Beifall.)

Zur Räumung Albaniens durch Griechenland.

Die griechische Regierung hat den Präfekten von Korfu angewiesen, sich nach Durazzo zu begeben, um mit der internationalen Kontrollkommission über Fragen, die sich aus der Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete ergeben könnten, im Einvernehmen zu bleiben.

Die albanischen Delegierten in Wien.

Graf Berchtold empfing gestern Essad Pascha und die übrigen albanesischen Delegierten.

Der Deutsch-Amerikaner Busch doch noch gefangen gehalten.

Ein Herr Michaelis aus New-York, der am Mittwoch aus dem Gefängnis von Juarez entlassen wurde, erklärte, er habe Busch und dreizehn andere Amerikaner gefangen gesehen. Während seiner elftägigen Gefangenschaft habe er durch ein Guckloch elf Hinrichtungen mitangesehen.

Ablehnung des Tadelsvotums für den japanischen Minister des Innern.

Das Tadelsvotum gegen den Minister des Innern Hara wegen der Haltung der Polizei bei den Demonstrationen am 10. Februar ist im Abgeordnetenhause mit 204 gegen 152 Stimmen abgelehnt worden. Hara verteidigte die Haltung der Behörden damit, daß der Mob die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung in der Hauptstadt bedroht habe.

Tod des ehemaligen französischen Marineministers. Gestern ist in Toulon der ehemalige Marineminister Vizeadmiral Krantz im Alter von 92 Jahren gestorben.

Furchtbare Explosion in einer Anilinfabrik.

Ueber die entsetzliche Katastrophe in Rummelsburg bei Berlin, über die wir bereits gestern unter „Letzte Nachrichten" einige Telegramme veröffentlicht haben, werden uns folgende nähere Einzelheiten berichtet:

Auf dem umfangreichen Fabrikgebäude in der Hauptstraße zu Lichtenberg-Rummelsburg befindet sich neben den zahlreichen anderen Häusern des Betriebes auch ein zweistöckiges Gebäude, das im Augenblick der plötzlich und völlig unerwartet eintretenden Katastrophe etwa 50 Arbeiter und Angestellte beherbergte. In diesem Gebäude war von vier Uhr täglich von ausmärts gelieferten Apparaten probeweise ein solcher, ein sogenannter Nitrierapparat, aufgestellt. Dieser Apparat hatte unter entsprechender Aufsicht vom Fabrikleiter und Angestellten des Betriebes von 10 Uhr vormittags ab bis gegen 11½ Uhr durchaus einwandfrei gearbeitet, als er **plötzlich unter straßenweit hörbarem, furchtbarem Getöse explodierte.**

Die Wirkung war entsetzlich.

In wenigen Augenblicken erfüllte den ganzen Raum, in dem die Maschine gearbeitet hatte, ein Gemisch von detonierenden, giftigen Gasen, von Flammen und Qualm, dessen ätzender, vernichtender Wirkung sämtliche dort beschäftigten erlagen, soweit sie nicht durch die Fenster und sonstigen Oeffnungen von der Gewalt der Gase davongeschleudert worden waren. Auch sämtliche übrigen Baulichkeiten der Fabrik und ihrer näheren Umgebung wurden durch den furchtbaren Stoß der Explosion **erbebenartig erschüttert** und alles, was nicht niet- und nagelfest in ihnen war, wurde durcheinander gestürzt. Sämtliche Fensterscheiben der Fabrik und der ihr gegenüber gelegenen Häuser wurden zertrümmert, darunter **zentimeterstarke Schaufensterscheiben.** Aus dem von der Explosion betroffenen Gebäude wälzte sich grauer, undurchdringlicher Qualm so weit sichtbar zum Himmel empor, daß selbst die Feuerwehren so entfernter Ort wie Tempelhof und Rudow zu Hilfe geeilt kamen. Inmitten des furchtbaren Chaos wälzten sich unter Entsetzensrufen die mit dem Tode Ringenden und Schwerverletzten. Von den rund 400 Arbeitern und Angestellten des Betriebes stürzten sich diejenigen, die nicht direkt oder indirekt von dem Unglück betroffen oder verletzt waren, den Ausgängen zu und suchten unter lauten Angst- und Hilferufen und wildem Gedränge das Freie zu erreichen. Wie stets in solchen Fällen liefen hierbei viele aus Schrecken hinaus, ohne zurückzukehren, wodurch die Feststellung der bei dem Unglück tödlich Verunglückten natürlich sehr erschwert wird. Als man, soweit dies überhaupt möglich war, den ersten Ueberblick gewann, schossen bereits

20 Meter hohe Flammen

aus dem Fabrikgebäude hervor, die einen dichten, grauschwarzen Qualm erzeugten. Irgendwelche Annäherung von seiten hilfsbereiter Personen war jedoch, wie sich bald herausstellte, infolge der sich entgegenstellenden giftigen und lebensgefährlichen Rauchschwaden unmöglich. So blieb den von allen Seiten herbeieilenden Polizeibeamten und freiwilligen Helfern zunächst nichts weiter übrig als die schleunige Alarmierung der Lichtenberger und eines Teils der Berliner Feuerwehr, die denn auch ungesäumt und gefolgt von einem ganzen Park von Wagen des Berliner Verbandes für erste Hilfe anrückte. An Ort und Stelle erschienen ferner die Wehren von Oberschöneweide, Treptow, Friedrichsfelde und Karlshorst.

Die Ablöschung des Brandes

gestaltete sich ungeheuer schwierig. Das ganze Grundstück, ebenso die Umgebung war von den giftigen Gasen und Anilindämpfen erfüllt, die sich lähmend auf die Atmungsorgane legten und zuförderst jedes Vordringen unmöglich machten. In größter Eile wurden alle verfügbaren Hydranten angeschlossen, und so gaben denn in kurzer Zeit acht Rohre Wasser. Um den Feuerwehren überhaupt ein Vordringen auf die Brandstelle zu ermöglichen, wurden die Sappeure mit Rauchhelmen versehen, und so gelang es ihnen, sich dem Brandherd vorsichtig zu nähern. Vor allen Dingen wurde dem noch immer in mächtigen Wolken aus dem Gebäude herausdringenden Rauch Abzug geschaffen. Das war jedoch nicht so leicht, da die in dem Gebäude aufgestapelten Vorräte dem rasenden Element immer neue Nahrung boten. Als man die Flammen dann ein wenig zurückgedämmt hatte, drangen einige Feuerwehrleute mutig in das Gebäude ein, um die eine noch darin befindlichen ins Freie zu bringen. Sie fanden jedoch **nichts Lebendes mehr zwischen den rauchenden Trümmern.** Nur die gräßlich verstümmelten

Leichen der Bedienungsmannschaften

konnten geborgen werden. Die Arbeiter waren meist bis zur Unkenntlichkeit verbrannt und konnten erst rekognosziert werden. Bis gegen 1½ Uhr waren die Mannschaften mit der Ablöschung beschäftigt. Gegen 2 Uhr mittags traf Branddirektor Reichel mit seinem Adjutanten im Automobil an der Brandstelle ein, um die Ablöschung des Brandes zu überwachen. Der riesige Trümmerhaufen, in dem sich **noch große Mengen Benzol** befinden sollen, brennt zur Stunde noch immer und die Feuerwehr muß der Explosionsgefahr wegen nur mit größter Vorsicht arbeiten. Kurz nach 2 Uhr wurde der Heizer als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen. Man vermutet jedoch, daß **noch 10 bis 15 Personen unter dem glimmenden Schutt liegen.**

*

Berlin, 26. Februar, 8 Uhr abends. (Drahtber.) Bei der Explosionskatastrophe in dem Nitrierraum der Aktiengesellschaft für Anilin-Fabrikation in Berlin-Lichtenberg sind — wie nun wohl endgiltig feststehen dürfte — insgesamt 10 Menschenleben vernichtet worden. Bei der Rekognoszierung der teilweise bis zur Unkenntlichkeit zugerichteten Verunglückten durch ihre Arbeitskollegen stellten sich zunächst verschiedene Irrtümer ein, die erst, nachdem die Angehörigen erschienen waren, behoben werden konnten. Es sind nunmehr geborgen die Leichen der Arbeiter Aust, Kühn, Lindner, Prill und Bordihn, sowie des Ingenieurs Bösch und der Werkmeister Rosenzky und Zita. Die Leichen der Arbeiter Pawlowski und Bottke ruhen noch unter den rauchenden und mit Wasser durchtränkten Trümmern. Der Materialschaden ist bedeutend, da fast alle Gebäude beschädigt worden sind.

Die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation teilt mit: Durch die heute vormittag in unserer Rummelsburger Fabrik erfolgte Explosion eines Nitriergefäßes ist die Nitrobenzolfabrik zerstört worden. Der Explosion sind zehn Personen zum Opfer gefallen, darunter ein Ingenieur und drei Meister. Die Schwerverletzten sollen sich außer Lebensgefahr befinden. Die Ursache der Explosion hat sich bisher nicht feststellen lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402272-17/fragment/page=0002

Vermischtes.

Zum Zweikampf bei Metz.

Nach Gerüchten, die in der Stadt umliefen, gaben den Anlaß zu dem Zweikampfe Beziehungen, die während der Karnevalstage zwischen Leutnant von La Valette St. George und Frau Haage aufgenommen worden waren und zu einer so schweren Ehrenkränkung des Leutnants Haage führten, daß sie selbst unter Rücksichtnahme auf die beim Karneval herrschende Stimmung nicht in milderem Lichte erscheinen konnten.

*

Tödlicher Ausgang eines Scherzes.

Während einer Karnevalsunterhaltung in Gerolds-hausen bei Würzburg zogen gestern im Wirtshaus übermütige Burschen dem Schneider Jung, als er einmal vom Tisch aufstand, heimlich den Stuhl weg, so daß er zu Boden fiel, als er sich wieder setzen wollte. Der Schneider fiel so unglücklich, daß er das Genick brach. Er war sofort tot.

*

Ein Wandervogelschloß.

Die zwischen der Regierung und dem Vorstand des Altwandervogels gepflogenen Verhandlungen über die Herrichtung der Burg Ludwigstein im Werratal, die seit Jahrzehnten unbenutzt und unbewohnt geblieben war, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Burg nunmehr neu hergestellt werden soll. Sie soll dann dem Altwandervogel überlassen werden, und zwar als Herberge und Ferienheim. Die Burg Ludwigstein wurde zuerst im Jahre 1416 urkundlich erwähnt.

*

Beim Kaiser fand gestern ein Botschafter-Diner mit nachfolgendem Konzert statt.

Zum Untergang des Dampfers „Ecliptica". Bei der deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa" in Bremen ist von Kapitän Probst vom Dampfer „Wildenfels" folgendes Telegramm (drahtlos) eingetroffen: Ankunft Lissabon 25. Februar 6 Uhr abends. Rest der Mannschaft des Dampfers „Ecliptica" mit dem Schiff ertrunken.

Bergmannstod. In der Nacht zum Mittwoch wurden im Schreiberschacht der „Charlottengrube" in Rhynik sieben Mann durch zubruchegehende Gesteinsmassen abgeschnitten, sämtlich aber nach wenigen Stunden unversehrt geborgen. In demselben Schacht wurde ein Bergmann von einer Lokomotive überfahren und getötet.

Verhaftung Berliner Ordensschwindler in Paris. Wegen umfangreicher Ordensschwindeleien hat die Pariser Polizei eine Reihe von Personen verhaftet, an deren Spitze der aus Berlin gebürtige Agent Johann Moser steht, der vor mehreren Jahren auch in Berlin wegen Ordensschwindels von sich reden machte.

Wüste Schlägerei zwischen Deutschen und Italienern. In Groß-Moyeuvre bei Metz kam es am Fastnachtsdienstag zu einer wüsten Schlägerei zwischen Deutschen und Italienern. Ein Deutscher wurde so schwer verletzt, daß er starb; ein zweiter liegt zurzeit schwer darnieder.

Kunst und Wissenschaft.

Rußland beteiligt sich an der Leipziger Ausstellung. Das Handelsministerium gibt amtlich bekannt, daß Rußland sich an der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig beteiligen werde.

Sportnachrichten.

Luftfahrt.

— **Vetz †.** Der aus Apolda gebürtige Ingenieur Paul Vetz, der Erfinder des Luftschiffes „R. 1", ist im 50. Lebensjahre im Marienhospital zu Düsseldorf gestorben.

Aus dem Gerichtssaal.

Aufhebung eines Landgerichtsurteils durch das Reichsgericht. Das Reichsgericht hat auf die Revision des Staatsanwalts das Urteil des Landgerichts zu Frankfurt a. Main vom 21. Juni vorigen Jahres aufgehoben, soweit durch dasselbe die beiden Aerzte Dr. Spohr und Bachem von der Anklage der schuldhaften Körperverletzung und Tötung durch Pockenansteckung freigesprochen worden waren. — Dr. Spohr war selbst an Pocken erkrankt und sollte die Krankheit durch Fahrlässigkeit auf andere Personen übertragen haben.

*

Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs des „Journal d'Alsace Lorraine".

Die Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur Jung vom „Journal d'Alsace Lorraine" wegen öffentlicher Beleidigung der Lehrer des Stein-Tales zu 300 Mark Geldstrafe, eventl. 30 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Jung hatte in einem Artikel vom 2. September 1913 die Lehrerschaft dadurch beleidigt, daß er ihr vorwarf, auf brutale Weise unter Androhung der Prügelstrafe die deutsche Sprache einzupauken.

Letzte Telegramme.

Drei weitere „Zwischenfälle" in Straßburg.

Straßburg (Els.), 27. Febr. Von zuständiger Seite werden drei weitere Fälle von Angriffen auf Militärpersonen mitgeteilt. Am Sonnabend abend wurde ein Unteroffizier des Feldartillerie-Regiments Nr. 51 in der Nähe des Metzger-Platzes von Zivilisten beschimpft und tätlich angegriffen, wobei einer der Messerhelden von dem Unteroffizier am Kopfe verletzt wurde. Am Montag abend wurde ein Sanitätssoldat in der Nähe der neuen Ortskrankenkasse von Zivilisten ohne jeden Anlaß geschlagen. An demselben Abend wurde der Posten vor dem Stammzelt auf dem Polygon von zwei Personen, die sich offenbar im Zelt aufgehalten hatten, angefallen. Die Täter konnten entkommen. Der Posten will die Worte gehört haben: Ich bringe den Posten heute abend noch um. Vom Gouverneur ist angeordnet worden, daß alle außerhalb der Stadt stehenden Posten von jetzt ab mit geladenem Gewehr dort zu stehen haben.

Urteil im Wilderei-Prozeß von Warnsdorf.

Bernburg, 26. Febr. Heute abend wurde nach achtstündiger Verhandlung das Urteil in dem großen Wilderei-Prozeß von Warnsdorf gefällt. Es erhalten: Jagdaufseher Schulze wegen gewerbsmäßigen unberechtigten Jagens 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, Hotelbesitzer Ferdinand Beau wegen gewerbsmäßiger Hehlerei 1 Jahr und 3 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Wildhändler L. Helfinger wegen gewerbsmäßiger Hehlerei 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Wildhändler Heinrich Helfinger in Aschersleben wegen Hehlerei 3 Monate Gefängnis, Bäckermeister Otto Boas wegen Hehlerei 6 Wochen Gefängnis, Kellner Willy Beau wurde sofort aus der Haft entlassen, während bei den übrigen Verurteilten die Haftentlassung wegen der Höhe der Strafe verneint wurde.

Zum Explosionsunglück in Berlin-Rummelsburg.

Berlin, 27. Febr. Auf der Stätte des Explosionsunglücks in Rummelsburg war die Feuerwehr gestern noch bis in die Nacht hinein tätig. Ueber 1000 Kilogr. Benzol und Nitrobenzol sind verbrannt. In später Abendstunde wurden noch der Ingenieur einer anderen Fabrik und zwei weitere Arbeiter vermißt, so daß sich die Gesamtzahl der Toten möglicherweise auf 13 erhöhen kann. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, richtete der Kaiser ein Beileidstelegramm an die Direktion der Fabrik. Nach Ansicht des Gewerbeinspektors kann die Schuld an dem Unglück kaum einem Nietzirapparat zugeschrieben werden. Vermutlich sei einer der anderen Kessel undicht geworden und habe die Explosion herbeigeführt. Die Gewalt des Luftdrucks war so stark, daß Arbeiter, die sich mehrere hundert Meter von der Fabrik aufgehalten haben, umgeworfen wurden.

„Deutschland bester Kunde Englands".

London, 27. Febr. Fürst Lichnowsky erklärte gestern bei einem ihm von der Handelskammer gegebenen Diner dem „Lokalanz." zufolge, er freue sich über das Anwachsen des Handelsverkehrs zwischen England und Deutschland. Deutschland sei der beste europäische Kunde Englands.

Todesfall.

London, 27. Febr. Der frühere Karikaturist des „Punch", Tenniel, ist im Alter von 94 Jahren gestorben. Er war seit einigen Jahren erblindet.

*

(Wiederholt.)

Zur Regelung der militärischen Machtbefugnisse.

Berlin, 26. Febr. In der heutigen Sitzung der 25. Kommission des Reichstags zur Regelung der militärischen Machtbefugnisse erklärte der Vertreter der verbündeten Regierungen, daß das in der letzten Sitzung erbetene Material vorbereitet werde und der Kommission bald zugehen werde. Heute könne es aber noch nicht vorgelegt werden. Hierauf beantragte ein Zentrumsredner Vertagung bis nach Vorlegung des Materials. Hieran knüpfte sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wurde der Vertagungsantrag abgelehnt. Die Kommission trat sodann in die Beratung des § 1 des fortschrittlichen Initiativgesetzentwurfs ein, der mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde. Die übrigen Paragraphen des Entwurfs wurden zurückgezogen.

Ein Duell mit tödlichem Ausgange.

Metz, 26. Febr. Heute morgen hat im Walde von Orly bei Metz ein Duell zwischen dem Leutnant von La Valette St. George vom 98. Infanterie-Regiment und dem Leutnant Haage von dem gleichen Regiment stattgefunden. Letzterer ist gefallen. Der Grund bildet eine schwere Beleidigung. Näheres ist unbekannt.

Die Richtlinien der inneren Politik Rußlands.

Petersburg, 26. Februar. Wie dem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Büro aus gut informierten Kreisen mitgeteilt wird, gabe die Initiative für die neuen Richtlinien der inneren Politik vom Kaiser aus. Der Grundgedanke einer vom Kaiser im Ministerium am Montag gehaltenen Rede ist die Notwendigkeit der Durchführung des Oktobermanifestes, wonach die Vorbedingung die Einigkeit des Kabinetts in sich sowie die Zusammenarbeit mit den beiden Kammern sei. Der Kaiser hat die Vorwürfe, die der Tätigkeit einzelner Ministerien gemacht wurden, für berechtigt anerkannt. Die Rede, die tiefen Eindruck auf die Minister machte, beantwortete der Ministerpräsident mit der Erklärung, daß er mit allen Mitteln den Willen des Kaisers durchführen will.

Wieder flott geworden.

Toulon, 26. Febr. Der Panzerkreuzer „Waldeck-Rousseau" ist um 7 Uhr morgens wieder flott geworden.

Börsen- und Handelsteil.

— Die Pforte zahlte den deutschen Gesellschaften der anatolischen Eisenbahnen und der Bagdadbahn 5½ Millionen Francs, die sie den Bahnen für im letzten Jahre durchgeführte Militärtransporte schuldete. Die Dette publique ottomane zahlte denselben Gesellschaften 700 000 Francs für Kilometergarantien dieser Linien. Die ottomanische Regierung wird 700 000 Francs erhalten, welche ihren Anteil an den über die garantierten Einnahmen hinausgehenden Ueberschüssen der Linie Haidar Pascha—Angora darstellen.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Nachdem am Frühmarkte die Tendenz für Brotgetreide sich noch als fest charakterisiert hatte, griff an der Mittagsbörse bei dem Mangel an neuen Anregungen unter Verkäufen für Rechnung der Provinz eine Abschwächung in Brotgetreide Platz, so daß die Preise ca. 1 Mark einbüßten. Auch Hafer, der anfänglich fester gelegen hatte, mußte sich später eine Abschwächung gefallen lassen. Mais und Rüböl hatten lustlosen Verkehr. Wetter: trübe.

Schlußbörse.

Weizen: Mai 203,00, Juli 206,50, Septbr. —,— ℳ; matter.
Roggen: Mai 161,00, Juli 164,75, Septbr. 162,25 ℳ; matter.
Hafer: Mai 156,50. Juli —,— ℳ; fester.
Mais: Mai —,—, Juli —,— ℳ; ruhig.
Rüböl: Februar —,—, Mai —,—, Okt. —,— ℳ; geschäftslos.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) **Berlin**, 26. Febr.

Weizen (Normalgew. 755 g):
Loko inl.*) (per 1000 kg) 190—195
abfallender —
Mai 203¼—203¾—203½
Juli —
September —

Roggen (Normalgew. 712 g):
Loko inl.*) (per 1000 kg) 154½
abfall. —
Mai —
Juli —
Dezbr. —

Gerste†) (per 1000 kg)
Futterg., leichte inl. 142—146
do. schwere 147—156
Wintergerste, inländ. —
russ. u. Donau leichte 133—136
amerikan. —

Hafer (Normalgew. 450 g):
Inl.**) fein (p. 1000 kg) 167—182
do. mittel do. 153—166
do. gering do. —
mit Geruch —

*) ab Bahn und frei Wagen.

Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:
Amerik. mix. 169—172
runder 146—149
Odessa —
weißer Natal —

Erbsen (per 1000 kg):
Inl. u. russ. Futterware
mittel 160—168
feine Kochererbsen 169—192
Viktoriaerbsen —
Kleine Kocherbsen —

Weizenmehl (per 100 kg)
Nr. 00 brutto einschl. Sack
ab Bahn u. Speicher 22,00—27,25

Roggenmehl (per 100 kg):
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack
ab Bahn u. Speicher 18,50—21,30

Weizenkleie:
grobe und feine 10,80—11,30
Roggenkleie 10,00—10,50
Seradella —
Lupinen, gelbe —
blaue —

†) frei Wagen und ab Bahn.

Berliner Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn 190—194
abfall. —
Mai 203—202¼—203
Juli 206½—206—206½
Sept. —
Dezemb. —

Roggen (Normalgew. 712 g):
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn 154-155
April —
Mai 161¼—160¾—161
Juli 164¼—164¾
Sept. 162¾

Mais (ohne Ang. d. Prov.):
amerikan. mixed —
runder 144—147 (ab Kahn)
Jan. —

Hafer (Normalgew. 450 g):
inländ. fein 164—179
mittel 150-163, gering —
April —
Mai 156¼—155¾—156½
Juli —
Dezbr. —

Weizenmehl (per 100 kg):
Nr. 00 brutto einschl. Sack
ab Bahn u. Speicher 22.00—27.25
(feinste Marken über Notiz).

Roggenmehl (per 100 kg)
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack
ab Bahn u. Speicher 18.90—21.30

Rüböl (per 100 kg in Faß):
Mai —.— Br.
Dezbr. —.— Br.

Spiritus.

— **Hamburg**, 26. Februar. Spiritus, roher Kartoffel- in Mark per 100 Liter à 100 %. Tendenz: fest. Ohne Faß. Regulierungspreis 30 Mk., Februar 30 G., Februar-März 30 G. inkl. Eisenband-Spiritusstücke je 5,75 Mk. höher.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 26. Februar. Rüböl loko 70,50, Mai 69,50.

— **Hamburg**, 26. Februar. Rüböl stetig, loko verzollt 67,00.

— **Amsterdam**, 26. Februar. Leinöl flau, loko —, März—April —, Mai-August 27½, Septbr.-Dezbr. 28½.

— **Paris**, 26. Februar. Rüböl ruhig, Februar 78,00, März 77,00, März-Juni 76,75, Mai-August 75,50.

Zucker.

W. Hamburg, 26. Februar. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Februar 9,27½, per März 9,27½, per April 9,32½, per Mai 9,42½, per August 9,65, per Oktober-Dezember 9,60. Tendenz: ruhig.

W. London, 26. Februar. Rüben-Rohzucker 88 % Februar 9 sh. 2½ d. Wert, stetig. Javazucker 96 % prompt 10 sh. — d, nominell, ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 26. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 47¾ G., Mai 48½ G., Septbr. 49¾ G., Dezember 50½ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**. 26. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 40½.

— **Havre**, 26. Februar. Kaffee. Good average Santos März 59¼, Mai 60, September 61, Dezember 61¾. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 25. Februar. Kaffee. Zufuhren 4000 Sack in Rio, 11 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 26. Februar. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 63,75 Mk.

— **Antwerpen**, 26. Febr. Wolle. La Plata-Kammzug Type B März 6,42½, April 6,42½, Mai 6,40, Juni 6,37½, Juli 6,35. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool**, 26. Febr. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni —,— per Februar-März 6,70, per März-April 6,70, per April-Mai 6,66, per Mai-Juni 6,65, per Juni-Juli 6,60, per Juli-August 6,56, per August-September 6,44, per September-Oktober 6,32, per Oktober-November 6,23, per November-Dezember 6,19.

Metalle.

— **Amsterdam**, 26. Februar. Banca-Zinn behauptet, loko 115½.

— **London**, 26. Febr. Blei, span., 19½ Lstrl., engl. 20½ Lstrl. Zinn 175½ Lstrl., Zink 22½ Lstrl., Chili-Kupfer 64½ Lstrl., 3 Monate 64½ Lstrl.

— **Glasgow**, 26. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen stetig. Middlesborough Warrants per Kasse 50 sh. 4 d.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 26. Febr. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. (Amtlicher Bericht). Auftrieb: 184 Rinder (28 Ochsen, 56 Bullen, 15 Kalben, 84 Kühe, 5 Fresser (gering genährte Jungvieh), 980 Kälber, 207 Schafe, 2500 Schweine; zusammen 3880 Tiere. Preise: Ochsen: I. ———, II. 84—89, III. 79—83, IV. ———, V. —.— ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. Bullen: I. 85—86, II. 84—85, III. 82—83, VI. 80—81, V. —,— ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. Kalben und Kühe: I. ———, II. ———, III. 77—82, IV. 70—76, V. 65—69 ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. Fresser (gering genährte Jungvieh) 78—82 ℳ. Kälber: I. ——, II. 65-67, III. 60—64, IV. 50—59, V. ——— ℳ für 50 kg Lebendgewicht. Schafe: I. 48—50, II. 45—47, III. 38—44, IV. ———, V. — ℳ für 50 kg Lebendgewicht. Schweine: I. 62, II. 60—62, III. 59—60, IV. 50—58, V. 53—57 ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. — Ueberstand: Rinder 30, davon Ochsen 6, Bullen 20. Kühe 8, Kalben 1, Kälber 3, Schafe 46, Schweine 80. — Geschäftsgang: Rinder schleht, Kälber, Schafe und Schweine mittel.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 26. Februar. Roter Winter-Weizen loko 105, per Dezbr. —.—, per Mai 103½, per Juli 97½, per Sept. —.—. Mais per Mai —.—, per Juli —.—, per Sept. —.—. Mehl 3,95 Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 26. Februar. Weizen per Mai 94½, per Juli 89½, per Sept. ——. Mais per Mai 67½, per Juli 66½, per Sept. 66½.

W. New-York, 26. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 13,12—14,25.

W. New-York, 26. Februar. Schmalz Westernsteam 10,95, Rohe und Brothers 11,15.

Familien-Nachrichten.

Gestern abend entschlief plötzlich und unerwartet meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Frau Dr. Helene Timann

geb. **Mühlpfort**

im 30. Lebensjahre. Dies zeigen schmerzerfüllt an

Halle a. S., den 25. Februar 1914.

Dr. med. Karl Timann
Liberta Mühlpfort geb. Reuter
Reinhold Mühlpfort
Ida Domaschke geb. Mühlpfort
Pfarrer **Max Domaschke.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachm. 3 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

Aus hiesigen Blättern.

Gestorben: Herr Friedrich Büchner, 45 Jahre. Beerdigung Sonnabend 3 Uhr vom Nordfriedhofe. — Frl. Marie Kohlmann, 57 Jahre. Beerdigung Sonnabend nachmittag 4 Uhr auf dem Nordfriedhof.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.,** Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat.

Aktienkapital und Reserven: :: **192 Millionen Mark.** ::

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402272-17/fragment/page=0003

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeuten:

3 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	Vierteljährl. 1.1.4.7.10.
2 1.Febr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 26. Febr. 1914

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Gest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4½, Lombardzinsfuß 5½, Privatdiskont 3¼½

Nachdruck verboten.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Reichs-Sch.	a	4	100.10G
do. 1.4.15	d	4	100.00G
do. 1.5.16	a	4	99.75b
Dt. Reichs-Anl.	v	4	98.70bG
do. uk. 25	d	4	98.90B
do. uk35 Int	c	4	99.00bG
do. do.	v	3½	86.80bG
do. do.	v	3	78.10bG

Preuss. Rentenbriefe

Deutsche Pfandbriefe

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Klein- u. Strassenbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Deutsche Hypoth.-Pfandbr.

Obligat. industr. Gesellsch

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Wechsel

Gold, Silber, Banknoten

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Sämtliche Industrie-, Bank- und Bahn-Aktien werden franko Zinsen gehandelt. Der Dividendenschein wird erst nach der Generalversammlung getrennt. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden ebenfalls frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402272-17/fragment/page=0004
DFG

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 26. Februar 1914.

Am Regierungstische: von Breitenbach.

Präsident Dr. **Graf von Schwerin-Löwitz** eröffnete die Sitzung um 10¼ Uhr.

Die Beratung des

Etats der Bauverwaltung

wird in der Diskussion über die Einnahmen aus den Verkehrsabgaben fortgesetzt.

Abg. **von Schuckmann** (Konf.): Die Regierung hat überzeugend dargelegt, daß sie die Fragen, welche von den verschiedenen Rednern für die Notwendigkeit der Saar- und Moselkanalisierung angeführt worden sind, schon vorher reiflich erwogen und geprüft hat, und dabei zu der Überzeugung gekommen ist, daß weder die Landesverteidigung noch die Interessen Elsaß-Lothringens, noch die der Industrie von Luxemburg, noch auch die französischen Kanäle die sofortige Inangriffnahme der Saar- und Moselkanalisierung rechtfertigen. Die Schiffahrtsabgaben sollen nicht eine Belastung darstellen, sondern eine Quelle, aus der die Schiffahrt aufs neue Nutzen ziehen soll. Wir können aus Rücksicht auf die Steuerzahler nicht fortgesetzt und ohne Ende aus allgemeinen Staatsmitteln große Summen für die Aufwendungen an den Wasserstraßen in Anspruch nehmen. Deshalb müssen wir neue Mittel dafür durch die Erhebung von Schiffahrtsabgaben flüssig machen. Meine Fraktion ist mit dem Standpunkt der Regierung in der Tariffrage absolut einig.

Abg. **Graf Moltke** (Freikonf.): Die Kanäle sind vom strategischen Gesichtspunkte für die Versorgung des Heeres im Kriegsfalle von der höchsten Bedeutung; und ebenso ist eine gute Volksernährung überhaupt nicht denkbar, wenn nicht die Eisenbahnen durch Wasserstraßen ergänzt werden. Wenn aber im Falle der Mosel- und Saarkanalisierung der Generalstab sich gegen das Kanalisierungsprojekt ausgesprochen hat, so hat er nur der Rheinisch-westfälischen Industrie Vorspanndienste geleistet. Ich verkenne nicht, daß der Eisenbahnminister hie und da finanzielle Bedenken wegen der Eisenbahneinnahmen gegen einen Kanal haben kann, aber schließlich ist doch das Allgemeinwohl maßgebend.

Minister der öffentlichen Arbeiten **v. Breitenbach**: Bezüglich der Kanalisierung der Mosel und Saar will ich nur noch bemerken, daß sich der Generalstab in diesem Falle nicht als Vorspann für die Industrie hat gebrauchen lassen. Allerdings muß unter Umständen auch geprüft werden, ob die Lokalinteressen einen solchen Einfluß ausüben, daß wir an die Mosel- und Saarkanalisierung denken können, aber in diesem Falle sind doch die überwiegenden Interessen der rheinisch-westfälischen Industrie so groß, daß die anderen lokalen Interessen zurückstehen müssen.

Abg. **Tourneau** (Ztr.): Die Verbindung des Mains mit dem norddeutschen Wassernetz durch Kanalisierung der Werra ist von der höchsten wirtschaftichen Bedeutung; sie würde die norddeutschen Flüsse mit dem Main, der Donau und schließlich mit dem Schwarzen Meer verbinden. Möge der Appell des Königs Ludwig in dieser Frage nicht wirkungslos verhallen. Ich hoffe, daß dem Hause ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, betr. Mittel zur Erforschung geeigneter Stellen für die Anlegung von Talsperren im Quellengebiet der Weser im Interesse der Schiffbarmachung der Werra.

Abg. **Dr. Wendlandt** (Natl.): Der Rheinische Kanalverein hat keine Mittel gescheut, das Projekt der Werrakanalisierung auszuarbeiten, und von vielen Seiten Unterstützung gefunden. Das Wasser unserer Ströme soll aufgespeichert werden zur Erzeugung elektrischer Kraft, die der Bevölkerung zu gute kommen muß. (Sehr richtig!) Der Minister hat erklärt, daß die Regierung erwäge, die elektrischen Fernleitungen zu verstaatlichen. Das Reich besitzt heute schon 31 aller elektrischen Leitungen. Die elektrischen Anlagen müßten konzessionspflichtig werden, wie die Eisenbahn. Das Projekt des Vereins wird sich rentieren, wenn die gewonnene Elektrizität richtig verwendet wird. Auch die Privatindustrie denkt daran, an der Werra Talsperren zu bauen. Hier handelt es sich um eine ganz reale Sache, um eine Nordsüdwasserstraße von Bremen nach München. Nicht nur die Bergfrachten, auch die Talfrachten sind ohne weiteres vorhanden. Ich will nur auf die großen Eisensteinlager bei Bayreuth und Bamberg hinweisen. Für die rheinisch-westfälische Industrie wurde durch ihn eine bedeutende Frachtermäßigung eintreten. Die Kaliverfrachtungen würden wahrscheinlich restlos auf den neuen Kanal übergehen. Die Hochwassergefahr muß durch Talsperren behoben werden. Die Werrakanalisierung und die Talsperren liegen auch im Interesse der Landwirtschaft wegen der elektrischen Kraftquellen. Wir freuen uns, daß die Regierung diesem Projekt sympathisch gegenübersteht. (Beifall bei den Natl.).

Geheimer Oberbaurat **Sympher**: In der Frage des Nordsüdkanals können wir nicht sofort Stellung nehmen. Wenn die Entwürfe des Werravereins gut befunden werden, so wird die Regierung die Bestrebungen des Vereins durch Beiträge weiter unterstützen.

Abg. **Hasenclever** (Natl.): Die Wasserstraßenbeiräte der Rheinprovinz haben erklärt, daß die bestehenden Frachttarife nicht mehr das Richtige treffen. Ich bitte aber die Regierung, zu erwägen, ob die Revision der Tarife nicht schon früher, als in drei Jahren vorgenommen werden kann. Wir haben das Aufleben der Industrie im Saarrevier mit Freude gesehen, aber den Standpunkt, den die rheinisch-westfälische Industrie in der Frage der Mosel- und Saarkanalisierung bisher eingenommen hat, muß sie meines Erachtens immer und immer aufrecht erhalten. (Beifall.)

Hierauf wurde die Diskussion geschlossen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. **Lippmann**-Stettin (Fortschr. Vpt.) und **Dr. Röchling** (Natl.) wurden die Einnahmen bewilligt.

Bei den dauernden Ausgaben und zwar beim Titel des Ministergehalts bemerkte

Berichterstatter Abg. **Brütt** (Freikonf.): Die Rechtsmittel gegen einmal gefällte Schiedssprüche sind sehr eingeschränkt. Wenn ein Schiedsspruch in seiner Kritik über Personen und Verhältnisse über die notwendigen Grenzen hinausgeht, kann die Ehre des Betreffenden verletzt werden, ohne daß es dagegen ein Rechtsmittel gibt. Der Herr Minister erkannte in der Kommission an, daß Bedenken gegen die Schiedsgerichtsklausel erhoben werden könnten, hoffte aber, daß die neuen im Jahre 1912 getroffenen Bestimmungen hinsichtlich der Schiedsgerichtsklausel, nach welcher der Obmann die Befähigung zum Richteramte haben und vom Landgerichtspräsidenten bestimmt werden müsse und dieser das Verfahren zu leiten habe, zum Verschwinden der Mißbräuche beitragen würden. Andernfalls würde er persönlich für eine Beseitigung der obligatorischen Schiedsgerichtsklausel aus den Verträgen sein. Außerdem teilte der Minister auf Anfrage des Berichterstatters mit, daß eine Revision der Vorschriften über das Automobilwesen im Gange sei.

Abg. **Gerlach** (Ztr.): Ich bitte im nächsten Etat größere Mittel für den Küstenschutz und für den Ausbau der Häfen an der Ostseeküste einzustellen. Es wäre zu wünschen, daß die Selbständigkeitsgrenze der lokalen Bauämter von 3000 auf 5000 Mark erhöht wird und daß in die Selbständigkeit dieser Behörde nicht unnötig hingeredet wird. Auf der Weichsel ist im Güterverkehr ein Stillstand eingetreten. Es ist daher erforderlich, daß man baldmöglichst an einer Nachregulierung der Weichsel geht. Überall dort, wo man wirklich etwas für den Ausbau unserer Wasserstraßen getan hat, zeigt sich eine Steigerung des Verkehrs. Man sollte deshalb auch nicht zögern, die Mosel und Saar zu kanalisieren. Die Gefahr einer Abwanderung der industriellen Kreise aus dem Mosel- und Saargebiet ist nicht zu unterschätzen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Wohlfahrt** (Natl.): Ich bitte den Minister dafür zu sorgen, daß unsere einheimischen Erzeugnisse nicht durch übermäßige Transportkosten verteuert werden. Die Transportkosten dürfen nicht so hoch sein, daß das Ausland uns Konkurrenz machen kann.

Minister der öffentlichen Arbeiten **v. Breitenbach**: Die Regierung ist bemüht, die Verhältnisse der Baubeamten zu sichern. Die Schwierigkeiten der Anstellungsverhältnisse werden voraussichtlich in einigen Jahren behoben sein. Die Beteiligung der Privatarchitekten an hervorragenden Staatsbauten ist sehr bedeutsam, diese Architekten werden schon sehr viel herangezogen. In der Frage der Fischereihäfen an der Ostseeküste ist bei ihrer großen Bedeutung eine Verhandlung unter den Staatsressorts erforderlich, namentlich bezüglich der Verteilung der Fischereihäfen auf die Küste. Bei den Überschreitungen der Kostenanschläge für Wasserbauten müssen Sie bedenken, daß die Anschläge viele Jahre alt sind und daß wir in der Zwischenzeit eine Hochkonjunktur gehabt haben.

Ein Antrag der Abgg. **Flathmann** (Natl.) und Genossen ersucht die Regierung, mit Bremen schleunigst in eine Verhandlung über eine anderweitige und derartige Fassung des Staatsvertrages vom 21. Mai 1904 einzutreten, welche die unbeabsichtigten und unerträglichen Folgen, die dieser Vertrag durch unklare und den Vorverhandlungen nicht entsprechende Formulierung für das schwer belastete Lehe gehabt hat, noch für das laufende Jahr beseitigt, auf alle Fälle aber der Gemeinde Lehe einen Rechtsweg erschließt.

Abg. **Dr .v. Woyna** (Freikonf.): Ich bitte, daß an die Strombauverwaltungen die Anordnung ergeht, daß sie möglichst nur solche Leute, die ihrer Dienstpflicht genügt haben, in den Staatsdienst einstellen, daß sie aber die jungen Burschen, die noch in der Landwirtschaft ausgebildet werden, vorderhand der Landwirtschaft lassen. Die Verunreinigung unserer Flüsse hat in erschreckender Weise zugenommen.

Abg. **Lippmann** (Fortschr. Vpt.): Die Wasserbauverwaltung hat bei allen ihren Maßnahmen eine glückliche Hand gehabt. Im allgemeinen wünschen wir nicht, daß ausländische Arbeiter für das Tiefbaugewerbe herangezogen werden. Das würde ein Unglück für unsere Volkswirtschaft sein. Von den Schiedsgerichten wollen wir nicht abgehen, sie sind Instanzen, die schnell und billig entscheiden. Die Tarife für den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin sind viel zu hoch. Auf der Weichsel ist bedauerlicherweise im Güterverkehr ein Stillstand eingetreten. Der Einwand des Ministers, daß die Regierung hier nichts unternehmen kann, solange Rußland nicht zur Besserung der Verhältnisse beiträgt, ist hinfällig. Professor Ehlers hat einwandsfrei nachgewiesen, daß eine Regulierung der Weichsel auch ohne Hinzuziehung von Rußland möglich ist. (Beifall).

Abg. **Paul Hoffmann** (Soz.): Wir verkennen nicht, daß seit einer Reihe von Jahren für den Bauarbeiterschutz sehr viel getan wird, aber die Maßnahmen der Regierung sind noch unzureichend. Gegen die Bestimmungen über die Schutzvorrichtungen bei Bauten, insbesondere an den Gerüsten, ist in Tausenden von Fällen verstoßen worden. Eine sehr große Anzahl von Bauten ist nicht inspiziert worden. Selbst auf den staatlichen Bauten fehlt es an der nötigen Kontrolle und an den vorgeschriebenen Unfallverhütungseinrichtungen.

Minister der öffentlichen Arbeiten **von Breitenbach**: Das Landwasseramt wird am 1. April in Funktion treten, vorausgesetzt, daß der Etat rechtzeitig fertig wird. Was die Frage der Weichselregulierung unter Bezugnahme auf eine Schrift des Professors Ehlers in Danzig betrifft, so liegt diese Schrift dem Ministerium nicht vor; ich bin also über dieselbe nicht informiert. Wenn in dieser Schrift ausgeführt wird, daß die Weichselregulierung erfolgen kann, ohne daß auf russischer Seite der Strom verbessert zu werden braucht, so ist doch Voraussetzung, daß auch Verkehr vorhanden ist. Der Verkehr auf der Wechsel besteht ganz überwiegend im deutsch-russischen Wechselverkehr, und wenn der auf der russischen Seite nicht entstehen kann dadurch, daß die russische Seite des Stromes nicht reguliert ist, dann haben wir eben keinen Verkehr. Die Regierung ist nicht nur jederzeit für die Schutzbestimmungen bemüht, sondern sorgt auch dafür, daß die Baukontrolle gut und regelmäßig und häufig ist.

Um 4 Uhr wurde die Weiterberatung des Etats der Bauverwaltung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 26. Februar 1914.

Am Bundesratstische: Wackerzapp.

Erster Vizepräsident **Dr. Paasche** eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Spezialberatung des Etats für das Reichseisenbahnamt wird beim ersten Ausgabetitel „Gehalt des Präsidenten“ fortgesetzt.

Abg. **Stolle** (Soz.): Die Handelskammer in Bremen hat große Beschwerden geäußert über die Verbindung von Bremen mit dem Königreich Sachsen. Diesen Beschwerden über nicht genügende durchgehende Verbindung haben sich auch die Handelskammern in Hannover, Leipzig, Chemnitz und Dresden angeschlossen. Die betreffenden Bahnverwaltungen haben die diesbezüglichen Forderungen abgelehnt. Hier muß das Reichseisenbahnamt eingreifen. Die Anforderungen an gedeckte Güterwagen sind immer größer geworden; der vorhandene Bestand reicht nicht im entferntesten aus. England hatte 1904 an Eisenbahnen 36 418 Kilometer betrieben, Deutschland 56 059, also 20 000 Kilometer mehr, aber England hatte 762 000, Deutschland dagegen nur 446 000 Wagen, und dieses Mißverhältnis ist seitdem nicht besser geworden. Auch auf dem Gebiete des Tarifwesens hätte das Reichseisenbahnamt alle Ursache, nach dem Rechten zu sehen. Den rheinisch-westfälischen Kohlenmagnaten werden ungeheure Ausfuhrprämien in Gestalt von billigen Ausnahmetarifen nach Holland usw. gewährt, die nicht einmal die eigenen Betriebskosten der Eisenbahnen decken. Holland hat infolgedessen billige, der deutsche Konsument aber teure Kohlen.

Abg. **List**-Eßlingen (Natl.): Wir hätten erwarten können, daß uns die in Aussicht gestellte Denkschrift über die Wirkung des Staatsbahnwagenverbandes vorgelegt worden wäre. Auch in den Landtagen von Bayern, Sachsen und namentlich in Württemberg hat man der weiteren Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens das Wort geredet; am weitesten ist man in Württemberg gegangen; man hat dort verlangt, daß der Staatsbahnwagenverband zu einer Betriebs- und Finanzgemeinschaft ausgedehnt werde. In dem Durchgangsverkehr, ganz besonders in dem mit Rußland, in dem zwischen Berlin und Wien, Berlin—München und Breslau—Basel wird meist zum Schaden Sachsens die längere Strecke um dieses herumgewählt. Derselbe Gedanke kommt gegenüber der neuen Fehmarnlinie zum Ausdruck. Sie wird namentlich von Süddeutschland und den Hansestädten gewünscht. Auch preußische Handelskammern haben sich für diese Linie ausgesprochen. Das preußische Eisenbahnministerium steht ihrer Ausführung aber wenig sympathisch gegenüber. Man ist vielmehr für den weiteren Ausbau der Linie Kiel—Korsör. Eine weitere Erscheinung der Abneigung gegen den Reichseisenbahngedanken ist auch der Tarifkampf. Die Rhein-Umschlaghäfen wünschen Ausdehnung des preußischen Ausnahmetarifs auf sie. Aber Preußen verhält sich ablehnend, trotzdem auf den preußischen Bahnen doch schon fast zu 62 Prozent zu Ausnahmetarifen gefahren wird. Diese Uneinigkeit wirkt auch auf das Ausland. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen spielen sich gegen einander aus, um des eigenen Vorteiles willen. So leitet die Schweiz ihren ganzen Verkehr möglichst über die Reichslande zum Schaden der badischen Schwarzwaldbahn. Man kann zu einem Fortschritt gelangen, wenn man die preußisch-hessischen Eisenbahnen bestehen läßt und die übrigen deutschen Eisenbahnen mit den reichsländischen zu einem Reichseisenbahnnetz verschmilzt. Hier gilt es, dem Reichsgedanken zum Siege zu verhelfen; der Gedanke kommt nicht mehr zur Ruhe, er ist eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Siebenbürger** (Deutschkonf.): Die Bahnverwaltungen sollten die Viehzüge schneller befördern.

Abg. **Dr. Pfeiffer** (Zentr.): Das Bedürfnis nach der Einführung von Schlafwagen III. Klasse steigt bei uns dauernd. Es sollte wenigstens zunächst versuchsweise in den Sommerferien ein solcher Schlafwagen München—Berlin eingestellt werden.

Abg. **Koch** (Fortschr. Vpt.): Die beiden Eisenbahnlinien, welche den Tunnel bei Blankenheim benutzen müssen, nämlich Halle—Kassel und Berlin—Wetzlar, weisen einen Verkehr auf, den dieser Tunnel nur noch mit äußerster Mühe bewältigen kann. Täglich verkehren 120 Züge. Für den Fall einer Mobilmachung sind die eventuellen schlimmen Folgen garnicht abzusehen.

Abg. **Dr. Arendt** (Rpt.): Diese Angelegenheit betrifft meinen Wahlkreis. Eine Untersuchung hat ergeben, daß im strategischen Interesse eine Umgehung des Tunnels nicht erforderlich ist.

Abg. **Fischer**-Hannover (Soz.): Durch Verreichlichung der Eisenbahnen würden die Klage, die wir seit Jahren hier über die deutschen Eisenbahnen gehört haben, verstummen. Die Arbeiterfahrkarten sollten auf 100 Kilometer ausgedehnt werden. Die vierte Klasse müßte abgeschafft werden.

Abg. **Schirmer** (Ztr.): Nicht bloß das bayerische Zentrum, auch der Führer der bayerischen Sozialdemokraten v. Vollmar hat sich immer wieder gegen die Reichseisenbahnen ausgesprochen. Wir haben keine Lust, auf unsere Bahnen zu verzichten.

Abg. **Zimmermann** (Natl.): Die Handelskammern in Lübeck und Schleswig haben sich gegen die Verbindung über Fehmarn ausgesprochen. Es lohnt sich deshalb für den preußischen Fiskus nicht, für diese Linie Opfer zu bringen.

Präsident des Reichseisenbahnamts **Wackerzapp**: Abg. Stolle hat sich über die angeblich mangelhafte Verbindung zwischen Leipzig und Bremen ausgesprochen. Ich bemerke demgegenüber, daß sehr günstige Tag- und Nachtverbindungen bestehen. Seine Befürchtung, daß der Wagenpark der deutschen Bahnen nicht ausreichend sein könnte, ist auch nicht begründet. Im Jahre 1913 ist das Manko an angeforderten Wagen nur sehr gering gewesen; für das nächste Jahr ist eine Vermehrung in Preußen in Aussicht genommen. Der Abg. Koch verlangt eine Einwirkung von Reichs wegen auf die Schaffung einer Umgehungslinie bei dem Tunnel von Blankeiheim. Diese Linie ist eine völlig interne Angelegenheit Preußens.

Abg. **Dr. Oertel** (Konf.): Läßt sich nicht eine Verbindung denken, die von Berlin über Oderberg nach Wien läuft? Hier ist doch eine Umgehung vorhanden, die ich nur vom preußischen Standpunkte verstehe, aber vom sächsischen nicht gut verstehen kann. Reichseisenbahnen wollen meine politischen Freunde nach wie vor nicht.

Abg. **Haas**-Baden (Fortschr. Vpt.): wünscht Einführung der dritten Klasse für Schnellzüge auf der rechtsrheinischen Bahn.

Präsident **Wackerzapp** sagte Prüfung zu.

Darauf wurde der Etat bewilligt.

Es folgte der Etat der Reichseisenbahnen.

Abg. **Fuchs** (Soz.): Die Personalunion der preußischen und der reichsländischen Eisenbahnen könnte segensreich sein, wenn nur nicht der preußische Geist dabei zu gut und das Verkehrsbedürfnis der Elsaß-Lothringer zu schlecht wegkäme. Die Bezahlung der unteren und mittleren Beamten ist ungenügend und die Dienstzeit zu lang. Die Arbeiterausschüsse finden nicht genügend Gehör. (Hört! hört!).

Abg. **Schwabach** (Natl.): Die Forderung, daß nunmehr die erheblichen Überschüsse lediglich dem Reichslande zugute

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402272-17/fragment/page=0005
DFG

kommen, ist nicht berechtigt, da in früheren Jahren das Reich, das nicht unerhebliche Defizit getragen hat. Für die Altpensionäre müßte besser gesorgt werden. Eine Erhöhung der Tonnenzahl der Güterwagen ist notwendig. Die Fahrkartensteuer muß unbedingt beseitigt werden.

Präsident **Dr. Kaempf** ruft den Abgeordneten Fuchs nachträglich zur Ordnung, weil er der Verwaltung der Reichseisenbahnen Rechtsverletzung vorgeworfen hat.

Minister **v. Breitenbach**: Gegenüber den Beanstandungen der Personalunion des Chefs der preußischen Staatseisenbahnen und der Reichseisenbahnen betone ich, daß gerade dies für Elsaß-Lothringen von eminentem wirtschaftlichem Nutzen ist. Unter den gesamten Eisenbahnen, außer denen des Königreichs Sachsen, gibt es kein Land, das einen so dichten Personenzugsverkehr hat, wie die Reichslande (hört! hört!). Die elsaß-lothringische Industrie, namentlich die lothringische Eisenindustrie, erhält von uns außerordentlich große Arbeitsaufträge. Für das Personal der Reichseisenbahnen ist außergewöhnlich viel geschehen. Der Staatsarbeiter hat eine gesicherte Stellung; deshalb genügt es vollständig, wenn wir uns an die örtlichen Verhältnisse des Lohnmarktes anschließen. Auf die Akkordarbeit können wir nicht verzichten im Interesse der Verwaltung und in dem der Arbeiter. Wir wissen, daß die Arbeiterschaft in dieser Frage unter dem schwersten Drucke der Sozialdemokratie steht. Würden die Arbeiter unbeeinflußt gefragt werden, ob sie auf die Akkordarbeit verzichten wollten, so würde sich niemand dazu bereit finden. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag ein Uhr vertagt. Vorher kurze Anfragen.

Schluß 7 Uhr.

Der Hafenverkehr von Halle.

Verkehrspolitische Betrachtungen und Vorschläge.

Vor einiger Zeit konnte man in der Halleschen Lokalpresse folgende Notiz lesen:

Die neu angelegten Straßen an der Merseburger Straße, gegenüber der Hüttenstraße, unweit Loests Hof, gehen ihrer Vollendung entgegen. Dadurch wird die Hafen- bzw. Hettstedter Bahn immer mehr von Straßenzügen eingeengt. Wie es heißt, soll später einmal der Güterverkehr der Hettstedter Bahn von Nietleben über Passendorf nach Bahnhof Schlettau geleitet werden, der schon jetzt, wenn auch noch nicht zur Aufnahme dieser Bahn, bedeutend erweitert wird.

Was hier dem Güterverkehr der Hettstedter Bahn prophezeit wird, das gilt mit Naturnotwendigkeit in gleicher Weise für den Verkehr vom Hafen zum Hauptbahnhof, dem ja die Hafenbahn in erster Linie dient — daher der Name. Daß die Hafenbahn der sich ausdehnenden Großstadt weichen und eingezogen werden soll, ist in der Zeitungsnotiz wohl stillschweigend vorausgesetzt. Es wäre mit Freude zu begrüßen, wenn zwei so wichtige Verkehrsstraßen, wie es man einmal die Mansfelder und die Merseburger Straße, in nicht zu ferner Zukunft von der Belästigung befreit würden, die sie sich lange genug von der Hafenbahn haben gefallen lassen müssen.

Der Umweg über Bahnhof Schlettau wird der Hettstedter Eisenbahngesellschaft kaum angenehm sein; der neue Weg würde mehr als doppelt so lang werden wie der alte. Es ist jedoch der ganzen Sachlage nach die einzige und geradezu notwendige Lösung des schwierigen Verkehrsproblems.

Wie steht es aber mit dem Güterverkehr vom Hafen am Klaustor nach dem Hauptbahnhof? Soll der nicht unbeträchtliche Umschlagsverkehr von den Hafenanlagen im Westen der Stadt um weiten Bogen über Passendorf und Schlettau bis zum Osten der Stadt geleitet werden? Oder soll er sich einen neuen Weg suchen? Käme allein der Verkehr zwischen der Eisleben—Kasseler Eisenbahn und dem Klaustorhafen in Frage, so könnte man das Projekt nur billigen.

In Wirklichkeit laufen aber die großen Eisenbahnlinien, welche in erster Reihe den Transport von und zum Hafen zu vermitteln haben, von Osten her auf Halle zu bzw. von Norden und Süden.

Sehen wir uns einmal die Verhältnisse näher an! Es ist allgemein bekannt, daß größere Dampfer und Kähne saleaufwärts nur bis Halle gelangen können, daß also Halle den Umschlagsverkehr nach dem thüringisch-sächsischen Hinterland zu vermitteln hat. Die Stadt selbst empfängt auf dem Wasserwege beträchtliche Gütermengen für ihren eigenen Bedarf und verfrachtet umgekehrt zahlreiche Produkte des Halleschen Gewerbefleißes saleabwärts; bei der hohen Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels nimmt das nicht weiter Wunder. Auf dem Wasserwege werden hauptsächlich Kolonialwaren, Heringe, Getreide, Mais, Hafa, Kohlen, Fette, Harz, Gerbstoffe und Metalle bezogen; zum Versand kommen Bau- und Pflastersteine, Ton, Porzellanerde, Zucker und Soda.

Der schon seit Jahren geplante Elster—Saale-Kanal wird und muß in absehbarer Zeit einmal greifbare Gestalt gewinnen, trotz aller Querreibereien. Es wäre hocherfreulich, wenn sich die maßgebenden Kreise nicht würden irre machen lassen durch die kleine, aber um so lautere sich gebärdende Gruppe, die unter Führung des Oberbürgermeisters von Eilenburg einen Leipzig—Elbe-Kanal und neuerdings einen Großschiffahrtsweg Leipzig—Berlin fordert. Es ist ausgeschlossen, daß derartig kostspielige Projekte Aussicht auf raschen Erfolg haben. Mit dem Elster—Saale-Kanal wird Leipzig immer noch am besten fahren, er ist auch bereits durch das Schiffahrtsabgaben-Gesetz vorgesehen. Wenn er aber einmal vollendet und in Betrieb genommen ist, dann wird der, welcher die besten und die für den Güterumschlag vom Schiff zur Bahn am vorteilhaftesten gelegenen Hafenbauten besitzt, Halle oder Leipzig, sich Thüringen und die Nachbarländer in bezug auf den Verkehr mit Massengütern tributär machen. Sorgen wir dafür, daß wir Hallenser vor Leipzig mit einem günstig gelegenen und einem erweiterungsfähigen Hafen auf dem Plan sind, dann werden wir den Umschlagsverkehr, den wir jetzt schon besitzen, rasch vermehren; mit aller Muße werden wir dann in den Wettbewerb mit Leipzig eintreten können.

Es drängt sich hier unmittelbar die Frage auf: liegen unsere Hafenanlagen an der Schieferbrücke und an der Jungfernwiese an einer günstigen Stelle und sind sie erweiterungsfähig? Beide Fragen müssen wir glatt verneinen. Ein großstädtischer Hafen, der dem Umschlagsverkehr dienen und ihn erleichtern soll, muß möglichst nahe an den Hauptgüterbahnhof herangelegt werden, oder — und das wird häufiger der Fall sein — der Hauptgüterbahnhof wird nicht allzuweit vom Hafen entstehen. Die Bahnhofsanlagen im Osten von Halle sind erheblich älter als die moderne Saleschiffahrt, die mit dem Jahre 1885 eingesetzt hat. Damals wurde der Schlepperbetrieb mit Kettendampfern auf die Saale ausgedehnt. Folglich muß in Halle der Hafen auf die Lage des Bahnhofs Rücksicht nehmen, nicht umgekehrt.

Zwischen dem Hafen und den Gleisen der preußischen Staatseisenbahn eingezwängt liegt das Häusermeer von Halle, das sich unglücklicherweise kilometerlang von Norden nach Süden erstreckt und den Verkehr heute zwingt, vom Hafen aus in weitem Bogen um den Süden der Stadt herum den Bahnhof aufzusuchen, und zwar nicht auf Wegen, die dem preußischen Staat gehören, sondern mit Hilfe der im Besitz der Hettstedter Eisenbahngesellschaft befindlichen Bahnen. Erweiterungsfähig sind die Hafenanlagen an der Schieferbrücke überhaupt nicht; für die an der Jungfernwiese steht noch Raum für Lagerschuppen und dergleichen zur Verfügung. Die Länge der vorhandenen Kaimauern genügt bei größerem Verkehrsdrang nicht mehr und läßt sich nur in geringem Maße vermehren, weil man unmöglich das nördliche Ufer der Jungfernwiese dafür in Anspruch nehmen kann und darf, will man nicht die Einfahrt in die Giebichenstein Schleuse dauernd versperren. Auf dem linken Ufer der wilden Saale hindern die Anlagen des Sandangers die Erweiterung. Auch würden hier kostspielige Aufböhungen des Bodens und umständliche Eisenbahnanschlüsse nötig werden. Und noch eine dritte und sehr wichtige Forderung kann der Hafen vor dem Klaustor nicht erfüllen: er hat keine Gebäude in der Nähe, wo sich die Industrie niederlassen kann. Diese muß bei der Bedeutung, die sie im Wirtschaftsleben von Halle einnimmt, mit Recht verlangen, daß der Verkehr auf sie gebührende Rücksicht nimmt. Industrielle Großbetriebe sind in der Nähe des heutigen Hafens nur wenig zu finden. Zwei andere Punkte sind es, wo sich im Stadtkreis Halle die Fabriken häufen. Einmal im Süden in der näheren und weiteren Umgebung der Pfännerhöhe, und dann im Norden, in Trotha-Gröllwitz. Eine von beiden Industriegegenden sollte ein guter Saalehafen wenigstens aufsuchen, da er beiden zugleich nicht gerecht werden kann.

Im Westen von Halle ist also eine großzügige Hafenanlage unmöglich. Vielleicht aber im Süden? Hier ist erst recht keine geeignete Stelle vorhanden. Um eine Eisenbahnbrücke für die erforderlichen Anschlußgeleise zu vermeiden, müßte der Südhafen auf dem rechten Saaleufer liegen. Dort verbietet aber das Hochufer von Ammendorf bis Wörmlitz von vornherein jeden Versuch, abgesehen von einer Stelle, der Aue im Südwesten von Wörmlitz. Der Bahnanschluß stieße sich hier mit leichter Mühe an das Eisleben—Gleis gewinnen. Trotzdem empfiehlt sich die Anlage eines Hafens an diesem Punkte aus drei Gründen nicht. Einmal ist diese Gegend sehr abgelegen von dem Kern der Stadt. Zweitens fällt sie nicht in das politische Gebiet von Halle. Und endlich hätten alle von der Elbe kommenden und dorthin abgehenden Fahrzeuge nicht weniger als drei Schleusen zu passieren, ehe sie die Stadt hinter sich lassen könnten. Es ist ja bekannt genug, daß jede Durchschleusung eines Kahnes viel Zeit und auch Geld kostet. Mit dem Südhafen ist es also auch nichts.

Dann bleibt nur der Norden, Trotha, wo wir zum Glück auf städtischem Boden stehen: bis zur Götsche im Norden und bis zur Magdeburger Chaussee im Nordosten gehört alles Land zum Stadtkreis Halle. In der rechten Saaleaue zwischen Tafel- und Saalhorn sowie auf der ihr vorgelagerten niedrigen Diluvialterrasse ist genügend Platz vorhanden für die Anlage eines etwa am Tafelwerder nach Südosten abzweigenden Hafenkanals, der sich auf beiden Seiten mit Kais und Lagerhäusern versehen läßt. Ein Schienenweg von höchstens zwei Kilometer Länge würde den Anschluß an den Trothaer Bahnhof leicht vermitteln. Eine Gleisverbindung nach den Fabriken an der Saale besteht bereits. Die Hafenbahn müßte zweckmäßigerweise etwas nördlicher geführt werden und würde durch eine Unterführung unter der Magdeburger und Cöthener Landstraße von vornherein jeder Belästigung des Verkehrs vorbeugen. Der Anschluß an den Hauptgüterbahnhof wäre auf Staatsbahngleisen und in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erreichen. Durch eine Verlegung des Saalelaufs nach Südwesten auf das Gebiet des Saalwerders könnte man die Hafenanlage ganz beträchtlich erweitern für den möglichen Fall, daß mit der Eröffnung eines Elster—Saale-Kanals der Verkehr sprunghaft anwachsen sollte. Die breite Talsohle entspricht zum größten Teil einer älteren alluvialen oder nacheiszeitlichen Terrasse, die wenige Meter über dem Spiegel der Saale liegt und einer Hafenanlage keine nennenswerten technischen Schwierigkeiten bereiten kann. Sie ist vollständig hochwasserfrei und geht nach Nordosten in eine etwas höhere Diluvialterrasse über, die sich nach Norden und Osten bis über die Götsche und die Magdeburger Chaussee ausbuchtet und mit ihrer breiten horizontalen Fläche für die Industrie ein geradezu ideales Gelände zur Ansiedlung darstellt. Der nötige Brennstoff wird in geringer Entfernung in mehreren Braunkohlengruben gewonnen — auch in der Hinsicht ist vorgesorgt. Der zeitraubende Aufenthalt in und vor der Trothaer Schleuse käme für den Verkehr saleabwärts in Wegfall.

Daß auf der Saale recht ansehnliche Mengen von Stück- und Massengütern zu Berg und zu Tal verfrachtet werden, mögen ein paar Zahlen verdeutlichen, die sich auf das annähernd normale Jahr 1910 beziehen.

Die Werte für das trockene Jahr 1911 blieben wegen des geringen Wasserstandes der Saale unter dem Durchschnitt und würden ein schiefes Bild geben. Es wurden durch die drei folgenden Schleusen auf Dampfern, Kähnen und als Flöße an Gütern in Tonnen (zu 1000 Kilogramm) befördert:

	zu Berg	zu Tal	zusammen
Gimritzer Schleuse . . .	177 228,0	94 682,5	271 910,5
Bernburger Schleuse . .	201 453,5	344 512,5	545 966,0
Schleuse von Gottesgnaden bei Kalbe	218 742,0	504 567,0	723 309,0

Im Hafen von Halle (Klaustor) kamen im gleichen Jahre an und wurden abgefertigt 293 323,5 Tonnen.

Der Unterschied gegenüber dem Gimritzer Wert wird bedingt durch den Saale—Umstrut-Verkehr oberhalb von Halle; man sieht, wie gering er ist. Zum Vergleich sei erwähnt, daß auf dem Hauptbahnhof Halle im Betriebsjahre 1910/11 der gesamte Eil- und Frachtgutverkehr betrug:

1 342 789 Tonnen Empfang,
879 999 Tonnen Versand
2 222 788 Tonnen insgesamt.

Der Eisenbahn-Güterverkehr übertraf den Gimritzer Durchgangsverkehr um fast das Neunfache.

Ich schließe mit der Hoffnung, die Stadtväter von Halle möchten den neuen Verkehrsaufgaben recht bald unerschrocken zuleibe gehen und sie zum Wohl der Allgemeinheit und mit gebührender Rücksicht auf die Bedürfnisse des Verkehrs lösen. Denn darüber kann wohl kein Zweifel bestehen: für den Bau des neuen Hafens ist die Stadt Halle zuständig. An ihr ist es, den Bedürfnissen des Verkehrs im weitesten Maße entgegenzukommen. Der Nutzen einer guten Verkehrspolitik wird sich bald fühlbar machen, auch in steigenden Steuereinnahmen zutage treten.

P. Hgth.

Landwirtschaftlicher Bauernverein des Saalkreises.

Im „Evangelischen Vereinshause" hielt am 26. Februar der Landwirtschaftliche Bauernverein des Saalkreises seine Generalversammlung ab. Herr Oekonomierat Wesche begrüßte die zahlreich Erschienenen und gab zunächst bekannt, daß sich der Mitgliederbestand auf etwa 390 erhöht habe. Das Andenken von fünf verstorbenen Mitgliedern ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Die Einnahmen betrugen insgesamt 3522,57 Mark, die Ausgaben 1782,71 Mk., so daß ein Bestand von 1789,86 Mk. verblieb. Dem Kassenführer wurde darauf mit bestem Dank für seine Tätigkeit einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß voraussichtlich eine geringe Erhöhung der Beiträge eintreten müsse. Es wurde durch Abstimmung beschlossen, im laufenden Jahre wieder ein Sammelfest abzuhalten. Die Versammlung nahm alsdann Kenntnis von einem Dankschreiben, das Frau Oekonomierat Herzberg dem Vorstande übersandt hatte für die ihr als Dank für ihren vor kurzem gehaltenen Vortrag geschenkte elektrische Kaffeemaschine. Der akademische landwirtschaftliche Verein hat sich wegen Verhinderung entschuldigt.

Es wurde nun zur Prämiierung von zwölf Angestellten geschritten, die zur Belohnung langjähriger treuer Dienstzeit mit Sparkassenbüchern, Diplomen, Broschen usw. beschenkt wurden. Davon waren zwei Personen 36 Jahre, eine Person 33 Jahre, drei Personen je 30 Jahre, eine Person 11 Jahre, eine 7, eine 6 und zwei je 5 Jahre ununterbrochen in einem Dienst tätig, drei davon bei einem Arbeitgeber, dem Gutsbesitzer Mehnert. Ein Mädchen, Anna Mähler, konnte zum zweiten Male ausgezeichnet werden. Die Ausgezeichneten wurden vom Vorsitzenden herzlich begrüßt, ihnen der Dank des Vereins ausgesprochen für ihr treues Aushalten, zugleich der Wunsch, daß sie alle auch fernerhin sich in ihren Stellungen recht lange noch wohl fühlen möchten. Besonders wies Herr Oekonomierat Wesche auf die jetzt so häufige Landflucht hin und den Trieb zur Großstadt, auf die verheißende Arbeit der Sozialdemokratie, die nur Böses schaffe, indem sie gegen Arbeitgeber, Obrigkeit, gegen die Armee und gegen Kaiser und Reich hetze, aber den ihrer Heimat Beraubten dafür nichts gäbe als Unzufriedenheit, Not und Krankheit. Die Landbevölkerung sei immer noch die treueste Stütze des Staates, so möge es auch ferner bleiben. Lebhafter Beifall bewies die allseitige Zustimmung der Versammlung. Die Prämierten sprachen dann für die ihnen zuteil gewordenen Auszeichnungen und Geschenke durch zwei Vertreter ihren wärmsten Dank aus und brachten ein dreifaches, beifällig aufgenommenes Hoch auf den Bauernverein des Saalkreises aus.

Da Herr Landesökonomierat Dr. Rabe in letzter Stunde wegen anderweiter dringender Dienstgeschäfte hatte absagen müssen, so war für ihn dankenswerterweise Herr Dr. Freiherr von Stockhausen eingesprungen. Er sprach in äußerst fesselnder Weise über „Zeit- und Streitfragen der Wirtschaftspolitik" und brachte da manche, den Zuhörern ganz neue Gesichtspunkte zur Sprache. Er führte etwa folgendes aus: Eine gesunde Wirtschaftspolitik muß in erster Linie alle Berufe schaffenden Stände fördern, denn auf ihnen beruht die Kraft jedes Staatswesens. Eine Unterbietung durch ausländische Produktion soll durch Zölle usw. ausgeglichen werden, wodurch nicht nur die einheimische Produktion geschützt, sondern auch Einnahmen für die Staatskasse geschaffen werden, ohne die der Staat nicht wirtschaften kann. Unsere gegenwärtigen Handelsverträge laufen bis 31. Dezember 1917. Die Landwirtschaft, die ganz erheblich daran interessiert ist, daß diese auftrecht erhalten werden, muß sich rühren und darf nicht zusehen, wie sich die Dinge entwickeln. Besonders fühlt sich Oesterreich-Ungarn zurückgesetzt gegenüber Rußland, vor allem bezüglich der Gerste. Unser Zollschutz muß unbedingt aufrechterhalten werden, Obst- und Gemüsebau viel mehr geschützt werden, als es jetzt der Fall ist. Denn unsere jetzigen Handelsverträge lassen die Einfuhr ausländischen Obstes zum Beispiel völlig frei in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. August, also gerade dann, wenn diese am größten ist. Diese Einfuhr wird durch Zoll kaum erfaßt, wodurch der Obst- und Gemüsebau im Inlande naturgemäß fast unrentabel wird, da das Ausland riesige Mengen zu billigen Schleuderpreisen auf den inländischen Markt wirft. Das Interesse der Konsumenten allein an einer möglichst billigen Einfuhrquelle ist auch nicht ausschlaggebend, weil wir für den Kriegsfall unabhängig vom Auslande sein müssen. Am schlimmsten liegen hier die Verhältnisse beim Gemüse, von dem Italien, Belgien, Holland und Spanien ganz ungeheure Massen zu niedrigen Preisen einführen, ohne dafür einen nennenswerten Einfuhrzoll zu entrichten. Hier müßte der Hebel angesetzt werden, um unsere einheimischen Obst- und Gemüsepflanzer lebensfähiger zu machen. Heute ist der Obst- und Gemüsebau sozusagen unrentabel, zugleich machen wir als Großabnehmer das Ausland immer kapitalkräftiger, während unserer Steuerkasse die entsprechenden Einnahmen fehlen. Auch eine Großkolonisation durch Urbarmachung der Moore und Heideflächen im Nordosten von Deutschland empfahl der Redner. Durch eine Besiedelung dieser Teile, die einem Umfange von Schlesien mit etwa 5½ Millionen Bewohnern gleichkommen, würde zugleich dem erschreckenden Geburtenrückgange wirksam entgegengearbeitet, denn dadurch könne man Tausende von Kleinbauern seßhaft machen. Jedoch sei eine solche Kolonisation nur mit Hilfe des Staates angebracht und nicht durch Privatunternehmungen, die aufs Verdienen angewiesen seien und den Boden damit gleich wieder verteuern. Auch leichtere Verbote solle man lieber zur Urbarmachung des brachliegenden Bodens verwenden, anstatt diese jetzt dem Mittelstande Konkurrenz machen zu lassen oder sie in den überfüllten Gefängnissen auf Staatskosten durchzufüttern. Damit werde man gleichzeitig aller Wahrscheinlichkeit nach auch eine Verminderung der Haftstrafen bei solchen Vagabunden erzielen, die sich nur im Winter einsperren ließen, um ein warmes Quartier und billige Kost zu haben. In der Schweiz habe man in dieser Richtung Versuche gemacht, die gut ausgefallen seien, auch in wirtschaftlicher Beziehung. Des ferneren sollte der Grundstückshandel in gesetzliche Formen gebracht werden, um der Verschacherung des Landes durch die Händler, die das Land nur als Ware betrachteten, vorzubeugen. In Bayern sei man in dieser Hinsicht vorbildlich vorgegangen, und zwar mit gutem Erfolg, durch eine staatliche Kontrolle der Verkäufe durch die Behörden. Endlich verbreitete sich der Redner noch über gesetzliche Mittel, um der jetzt offen betriebenen groben Verfälschung von Dünge- und Futtermitteln wirksam entgegenzutreten und die gewissenlosen Fälscher in strafrechtlicher Beziehung zur Verantwortung ziehen zu können. Reicher Beifall belohnte Herrn von Stockhausen für seine interessanten Ausführungen. Herr Oekonomierat Wesche sprach ihm den besten Dank der Versammlung aus. Es schloß sich hieran noch eine Ansprache, an der sich auch Herr Professor Dr. M. Hollrung in humorvoller Weise über das Zurückgehen des Kindersegens nach französischem Muster und das Verhalten der modernen Frauen zu dieser wichtigen Frage betreilgte. Herr Oekonomierat Hoffe stellte die Forderung auf, daß die Zuckersteuer nicht nur verringert, sondern gänzlich aufgehoben werden müsse. Der Zuckerverbrauch in Deutschland müsse ganz erheblich zunehmen, da er ein wertvolles und dabei billiges Nahrungsmittel sei. Eine Entschließung hierüber wurde nicht gefaßt, sondern auf den Herbst vertagt.

Sodann wies der Vorsitzende darauf hin, daß es eine Pflicht der Landwirte sei, die Hallesche Zeitung zu lesen, die die Interessen der Landwirtschaft stets so warm vertreten habe. Er bitte daher alle, die die Hallesche Zeitung noch nicht hätten, sie zu abonnieren. Es folgte nun ein Vortrag des Herrn Professors Dr. Hollrung über „Neuere Erfahrungen in der Behandlung des Saatgutes zur Verhütung der Pflanzenkrankheiten und zur Erhöhung der Ernteerträge". Der Vortragende sprach sehr eingehend und interessant über die Keimkraft und Triebkraft des Samens, die Erhöhung der letzteren durch die verschiedenen Methoden, auch machte er seine Ausführungen durch chemische Vorführungen anschaulich. Eine längere Aussprache reihte sich an diesen der Praxis dienenden Vortrag, wobei einige Herren über Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit berichteten. Ein gemeinsames Essen beschloß die abwechslungsreiche und fesselnde Versammlung.

Ly.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch Wasserlandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt, 24. Februar + 2,15, 25. Februar + 2,20, Grochlitz + 2,58, + 2,56, Nebra Oberp. + 2,28, + 2,32, Untp. + 1,82, + 1,86, Brückenp. —,—, —,—, Kösen 1,68, + 1,60, Weißenfels Untp. + 1,90, + 1,86, Trotha + 3,42, + 3,44, Alsleben + 3,10, + 3,06, Bernburg + 2,72 + 2,66, Calbe Oberp. + 2,16, + 2,12, Untp. + 2,54, + 2,52, Grizehne + 2,55, + 2,53.

Verantwortlich:

für Politik: Rechtsanwalt Dr. **Strasser**; für Deutsches Reich, Ausland und Vermischtes: **M. Ebeling**; für Oertliches, Gerichtssaal, Kunst und Kongresse: **H. Miesckner**; für Provinz, Handel, Feuilleton und Allgemeines: **G. P. Kohlmann**; für den Anzeigenteil: **P. Kersten**; Schlußredaktion: **A. Berwecke**, sämtlich in Halle (Saale).

Sprechstunden für Politik und Theater von 10 bis 11 Uhr, für alle übrigen Abteilungen von 8 bis 1 Uhr vormittags.

Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Expedition bezw. den Verlag, sondern lediglich an die

„Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle (Saale)"

zu richten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191402272-17/fragment/page=0006